

Diskussionforum

der Grüne Bildungswerkstatt NÖ

POSITION

Bedingungsloses

GRUNDEINKOMMEN

Zukunft oder Spinnerei?



**DIE GRÜNE
BILDUNGS-
WERKSTATT**
NIEDERÖSTERREICH
WWW.NOE.GBW.AT

INHALT

Andreas Piringer	
Editorial	3
Peter Heintel	
Fragen zum Grundeinkommen	4
Andras Novy	
Sozialökologische Infrastruktur statt Grundeinkommen	6
Karl Öllinger	
Warum ich trotzdem gegen ein Grundeinkommen bin	7
Madeleine Petrovic	
Von der Seele weg – darf das wahr sein	9
Lisa Muhr	
Aus beinahe täglicher Praxis... ..	9
Volker Plass	
Grundeinkommen ja, aber richtig!	10
Klaus Sambor	
Das Grundeinkommen und die Sozialdemokratie	12
Sabine Jungwirth	
Neue Arbeitswelten bedingen eine veränderte Existenzsicherung: Das Bedingungslose Grundeinkommen als Lösung	13
Helmo Pape	
Bedingungsloses Grundeinkommen – Zukunft oder Spinnerei?	14
Ulrike Sambor	
Der Zeitgeist und das BGE	15
Götz W. Werner	
Zur Aktualität der Idee eines Bedingungslosen Grundeinkommens	17
Weltkarte	
Geld für alle - Experimente mit dem Grundeinkommen.....	19

Wir danken den Autorinnen und Autoren für Ihre zur Verfügung gestellten Beiträge.

Impressum:

Medieninhaberin & Herausgeberin: Die Grüne Bildungswerkstatt NÖ,
Daniel Gran Straße 48/1, 3100 St. Pölten.

Grafische Gestaltung: Fritz Zaun
Foto Titelblatt: Stefan Bohrer
Foto Seite 14: Grünes Archiv
Foto Seite 18: APF
Weltkarte Seite 19: Ingo Eggert
Druck: druck.at



EDITORIAL

In den letzten vier Jahren habe ich einiges über das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) gelesen und einige Vorträge dazu besucht. Im Weiteren bin ich durch viele Gespräche letztendlich zu der Auffassung gelangt, dass es höchst an der Zeit ist eine möglichst breite und ergebnisoffene Diskussion über das BGE auch in Österreich zu führen. Die Volksabstimmung in der Schweiz vom Sommer 2016 war eine weitere Bestätigung. Hoch interessant ist, dass es beim BGE ganz verschiedene Zugänge gibt – so steht einem neoliberalen Modell wie in Finnland, welches kommendes Jahr versuchsweise eingeführt werden soll, ein soziales wie in der Schweiz gegenüber (nachzulesen bei Wikipedia unter Bedingungsloses Grundeinkommen).

Auch die Vorstellungen von der Finanzierbarkeit eines BGE reichen von „gar nicht möglich“ über verschiedene Modelle bis „unerlässlich“ für die Sicherung des Sozialstaates.

Klar ist, dass es so nicht weitergehen kann. Ressourcenverbrauch, Lebensstil in den entwickelten Industrienationen, Nachholbedarf der Schwellenländer, Ausbeutung der Entwicklungsländer, Finanzkapital und -Industrie, globalisierter Handel und Wettbewerb zu Gunsten Weniger und auch die Bevölkerungsentwicklung stoßen auf Widerstand und fördern Unsicherheit.

Es ist an der Zeit sich von herkömmlichen Denkmustern zu verabschieden. Vollbeschäftigung war einmal, Industrie 4.0 kommt, Migration und Spaltung der Gesellschaft sind Tatsache. Der Sozialstaat ist in seinen Grundfesten erschüttert. Die tragende Mittelschicht bricht weg. Die Arbeitslosenrate steigt stet, das Wachstum stagniert, die Börsen nehmen uns in Geiselschaft. Diese Krisen sind die Chance für einen Paradigmenwechsel. Es bedarf der Beruhigung und der Entschleunigung.

Ist ein Bedingungsloses Grundeinkommen da die Antwort?

Kann durch ein sozial ausgewogenes BGE die weit auseinanderklaffende Schere der



Andreas Piringer ist Obmann der Grüne Bildungswerkstatt NÖ

Wohlstandsverteilung mit einem Schnipp geschlossen werden? Ist damit ein „Gutes Leben für alle“ möglich? Muss oder soll eine Postwachstumsökonomie, ein BGE und die Umverteilung von Reichtum gemeinsam gedacht werden mit dem Ziel eine neue gesellschaftliche Ordnung als Gegenentwurf zum Neoliberalismus entstehen zu lassen?

Die vorliegende „Position“ möge ein Anstoß sein über all das nachzudenken und vielleicht doch den EINEN Weg zu entwickeln, der für eine gerechtere und soziale Zukunft steht.

PS: Der Bundeskongress der Grünen beschäftigt sich am 13. November 2016 mit einem Antrag von Markus Ertel aus Kärnten auf Einsetzung einer bundesweiten Arbeitsgruppe für ein Grünes Bedingungsloses Grundeinkommen.

In der Hoffnung, dass diese Arbeitsgruppe auch eingesetzt wird,

mit Grünen Grüßen
Andreas Piringer



Fragen zum Grundeinkommen

Vor vierzig Jahren die belächelte Utopie von Randgruppen, heute breit diskutiert: Das bedingungslose Grundeinkommen. In manchen Ländern knapp vor der Einführung: das an Bedingungen geknüpfte Mindesteinkommen, ein erster Schritt? Vielleicht, aber mutlos, weil er nicht wagt, an einem Umbau unserer Gesellschaft zu denken, bisherige Muster einer Verbindung von Arbeit, Leistung und Einkommen fortsetzt. In diesen Bedingungen offenbart sich der „Common sense“ der Gesellschaft; sie sind gleichsam die Rache der Tätigen, der „Nützlichen“ gegen die gesellschaftliche „Nutzlosen“, die sie „durchfüttern“ müssen. Sie, die Untätigen, müssen ihren Anspruch „beweisen“, und das geht nur dadurch, dass sie sich an die unterste Stelle der Gesellschaft stellen, ihre Niederrangigkeit gleichsam mit Brief und Siegel beglaubigt bekommen. Akzeptierte Nutzlosigkeit fördert nicht gerade Phantasie, kreative Aktivität, neue Ideen für jene Gesellschaft, der man meint zur Last zu fallen; bestenfalls entwickelt sie jene (selbst-)destruktive Energie, die entweder ein Verbergen und Verstecken in Gang bringt oder Strategien ausarbeitet, seinen „schlechten Ruf“ bestmöglich zu bewahren, denn auch dieser „verpflichtet“, wie Goethe einst gemeint hat.

Kann eine Gesellschaft überhaupt „bedingungslos“ sein? Existenzsicherung für alle ohne Unterschied vorsehen, ohne „Gegenleistungen“ zu verlangen? Ist ihr die darin ausgesprochene „Gleichheit“ aller Existenzen, noch mehr aber ihre Unabhängigkeit erträglich? Muss sie nicht die von der Existenzangst „Befreiten“ wieder „einfangen“, gemeinschaftstauglich machen? Wie können Ordnungen aufrechterhalten, Verpflichtungen durchgesetzt werden, wenn man auch ohne sie überleben kann? Reißt eine Bedingungslosigkeit die Gesellschaft nicht mitten entzwei? Unvorstellbar erscheint es uns, bloß für sein Dasein „bezahlt“ zu bekommen, ohne für seine Erhaltung etwas tun zu müssen. Doch andererseits, dass wir auf der Welt sind, ist auch nicht unsere Schuld, die wir ausgleichen und abtragen müssten. Aber, so hört man, vielleicht geben wir uns mit unserem bloßen Sein zufrieden, wer wird dann noch arbeiten, das Notwendige tun, dass jene Gesellschaft auf hohem Niveau am Leben erhält, die uns unsere Grundsicherung gewährleistet? Schon wird über rechtliche Arbeitsverpflichtung nachgedacht; man misstraut den Menschen und vielleicht nicht zu Unrecht, war doch

bisher vieles an Arbeit, Frondienst, Zwang, entfremdende Tätigkeit gebunden und von „Selbstverwirklichung“ weit und breit nichts zu sehen. Der erste Zweck der „Erwerbsarbeit“ war immer Überleben, der Zusammenhang zwischen Arbeit und Existenz ein „wesenhafter“. „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“, hat bereits der Apostel Paulus gesagt und W. J. Lenin hat diesen Spruch wiederholt und die Sowjetunion ihre „Helden der Arbeit“ ausgezeichnet. Was heißt es, wenn an dieser wesenhaften Verbindung gerüttelt wird? Was heißt dies für die Existenz, was für die Arbeit?

Und doch hat es diese Verbindung in ihrer Extremisierung im Kapitalismus erst möglich gemacht: Selbst- und Fremdausbeutung, eine bisher nie dagewesene Leistungsveressenheit, eine fast masochistische Bewertung von Arbeit, (Arbeitssucht), ein Steigerungspotential durch Beschleunigungs- und Zeitverdichtungsprozesse, unsere technologisch-ökonomischen Erfolge; all das hätte jenen „Reichtum“ geschaffen, der es nun ermöglichte, ein bedingungsloses Grundeinkommen auszubezahlen; Menschen „endgültig“ vom ökonomischen Überlebensdruck zu entlasten, von der tief sitzenden Existenzangst zu befreien. Könnten wir dies nicht als späte Belohnung für die Arbeit und Anstrengung von Generationen sehen, die immer gesagt haben, „Unseren Kindern soll es besser gehen?“ Noch dazu, wo schon längst das technologische Genie dafür gesorgt hat, uns von früheren Arbeiten zu befreien, uns durch Maschinen „überflüssig“ zu machen, „freizusetzen“. Und immer mehr sorgt der Kapitalismus in seiner konkurrenzorientierten, dem Verdrängungswettbewerb unterworfenen Einseitigkeit für die Leistungssteigerung immer Weniger, so als müsste er beweisen, dass noch lange nicht die Grenzen erreicht sind, noch weit mehr im Menschen drinnensteckt. Leistungsvorgaben und Zielsetzungen zwingen zur Ausschöpfung letzter Reserven. Wiederum das Misstrauen: Jeder könnte noch mehr geben, aber er tut es nicht freiwillig.

Unfreiwilligkeit aber auch auf der anderen Seite: Man wolle ja arbeiten, findet aber keinen Arbeitsplatz mehr. Auf beiden Seiten wird die gute alte Arbeit wohl letztmalig heroisiert. Tatsächlich ist es respektabel, was Menschen arbeitend zu leisten imstande sind, bevor sie sich ins „Burnout“ verabschieden, und Arbeitslosigkeit, die Bindung seiner Existenz an gesellschaftliches Almosen, das diesen Charakter trotz rechtlicher Zusicherung nicht ablegen kann, er hebt Arbeit erst recht



**Em.O.Univ.-Prof. Dr. Peter HEINTEL,
Philosophie und Gruppendynamik
Alpen-Adria-Universität Klagenfurt**

zum höchsten Gut; ihr Fehlen entwertet Existenz und Selbstbewusstsein und macht sie solange zum Objekt ungestillter Sehnsucht, bis man aufgibt, sich wiederfindend auf einer „Restexistenz“, die entkoppelt von der Arbeit eigentlich für sich kein volles „Bürgerrecht“ mehr beanspruchen darf. Vielleicht ist es auch diese Erfahrung, bzw. die Angst dies erfahren zu müssen, was derart fest an der alten Verbindung von Existenz und Arbeit festhalten lässt.

Menschheitskatastrophen einmal ausgeschlossen, wie keine andere Epoche hat sie unsere Arbeitslosigkeit nicht nur erzeugt, sondern vorangetrieben. Es geht uns schwer in die Köpfe, dass wir gerade das schaffen, was wir auf der anderen Seite mit unlänglichen Mitteln (Wachstum) bekämpfen. Auch wenn man sich scheut es zuzugeben: Es gehört zum inneren Sinn des Kapitalismus die alte Erwerbsarbeit abzuschaffen, uns damit einen Menschheitstraum zu erfüllen; uns nämlich vor allem von jener Arbeit zu befreien, die Maschinen übernehmen können, die wir genau dafür erzeugt haben. Zwar wird es immer noch Arbeit geben, wo Menschen „Hand anlegen“ müssen, die ihren alten Charakter bewahrt hat und nichts zur beschworenen Selbstverwirklichung beiträgt. Ein bedingungsloses Grundeinkommen wird sie „teuer“ machen, was vielleicht bisherige Einkommenshierarchien umkehren könnte. Vielleicht fürchtet man auch dies: Entfremdende Arbeit war bisher eher die billigere, im unteren Bereich der Gehaltsschemata angesiedelt.

Der Menschheitsentwicklung wurde einst zugetraut, uns aus dem „Reich der Notwendigkeit“ ins „Reich der Freiheit“ hineinzuführen; ein solches, in dem nicht mehr die Not uns

zwingt, sie ständig zu „wenden“, wir nicht mehr bestimmt sind, von äußeren und inneren Abhängigkeiten, sondern aus uns selbst gestaltend unser Schicksal formen können. Dieser Freiheitstraum richtete sich sowohl gegen die Macht der Natur in uns und außer uns, wie auch gegen jene von Menschen über Menschen; und sie sprach von der Aufhebung entfremdender, ausbeuterischer Arbeitsverhältnisse, die Mehrwert für die jeweils anderen schaffen. Auch wenn diese Utopie uns immer noch aus der Ferne entgegenleuchtet, wir uns in selbst geschaffene Abhängigkeiten begeben haben, die wir gern den „Sachen“ zuschreiben („Sachzwang“), nicht mehr zu wissen scheinen, wer überhaupt noch irgendetwas gestalten kann, sich individuelle und kollektive Ohnmachtsgefühle massenhaft verbreiten, ist es gerade diese Krisensituation, die uns vor eine Weggabelung stellt: Bleiben wir in dieser selbstverschuldeten Abhängigkeit und lassen wir ihr ihren Lauf, oder versuchen wir die Not, die sie in sich hat und ständig produziert, zu wenden? Was ungehinderter Selbstlauf mit sich bringt wissen wir; auch wenn wir noch so oft die „invisible hand“ des freien Marktes beschwören, diese Hand ist schonungslos und ihre Unsichtbarkeit hat nichts mehr an sich von jener Güte, Gnade oder „List der Vernunft“, die früher dem Unsichtbaren beigegeben wurde. Es sind aber nicht nur die bekannten Wirkungen, die dieser Selbstlauf produziert (Ressourcenvergeudung, Klimabeeinflussung, Arbeitslosigkeit, die Verbreiterung der Kluft zwischen arm und reich, die Krisenanfälligkeit etc.), dem wir wie Goethes Zauberlehrling gegenüberstehen, es sind die „versteckten“, die uns an Ort und Stelle treten lassen.

Die Schäden, die wir uns in unserem System anrichten, das als Globalisierung firmiert, tragen gerade nicht dazu bei, es zu verändern, oder zumindest auf den Prüfstand zu stellen, paradoxerweise stabilisieren sie es; erzeugen immer wieder jene Not, auf die es meist Antworten parat hat. Auf Krisen wird mit den gleichen Mitteln reagiert, die sie herbeigeführt haben und man zieht meist jene „Experten“ zu Rat, die Vorschläge in Richtung der Herstellung der „besseren“ alten Zustände bereithalten. Zumeist richtet sich ihr Hoffen aber auf „Erholung“; der kranke Patient wird auf seine „Selbtheilungskräfte“ hin angesprochen, er möge wieder zu alter Gesundheit zurückfinden.

Auch wenn wir uns ökonomisch das bedingungslose Grundeinkommen leisten könnten, darüber besteht auch bei den meisten Experten Einigkeit, seine Einführung wäre eine Maßnahme, die zum Gesamtgefüge unserer ökonomisch dominierten Gesellschaft nicht

passt; insbesondere aus ideologischen, weniger aus praktischen Gründen. Zugleich aber wahrscheinlich die einzig konkrete, die uns aus dem Selbstlauf befreien könnte; deshalb kann sie durchaus als systemgefährdend angesehen werden. Sie löst den Zusammenhang, die innerstrukturellen Verbindungen unserer Grundkategorien und deren Semantik damit auf. Es lässt sich nicht mehr so einfach mit ihnen operieren. Drohungen an unsere Existenz gerichtet verlieren ihre lenkende Funktion; Arbeitslosigkeit ist nicht mehr wie heute oft pathetisch formuliert „Stachel der Menschheit“. Wachstum nicht das Allheilmittel sie zu bekämpfen. Durch die Trennung von (Erwerbs) Arbeit und Existenzsicherung sind dem Prinzip nach zunächst alle arbeitslos und diese Arbeitslosigkeit mit seiner Existenz verbunden gewinnt an Eigenwert. In ihr lässt sich auch die Verwirklichung eines Gleichheitsprinzips vermuten, dem Bürgertum und Demokratie so lange vergeblich nachgelaufen sind. Verwirrung im System würde auch dadurch eintreten, dass seine Insassen nicht mehr so ohne weiteres durch die alten „Ideologumenä“ zu disziplinieren sind, denn, vergessen darf nicht werden, dass Arbeit und Arbeitsverhältnisse seit eh und je dazu dienten, Menschen zu disziplinieren mit dem Versprechen, ihnen dafür Strukturen, Orientierung, Außenhalte anzubieten. Tätigkeiten, die derzeit nicht unter „Arbeit“ laufen, würden vielleicht interessanter werden, unsere gesamte derzeit bestehende Arbeitswelt verändern. Das derzeit dominante System (unser „Modell Neuzeit“) könnte sich nicht mehr so ohne weiteres auf seine Selbsterneuerungskräfte und -strategien verlassen, weil sie die Menschen nicht mehr erreichen, verunsichern können, anderes an Bedeutung gewonnen hat.

Wir haben keine geschichtlichen Beispiele, keine Vorbilder, denn auch der größte Luxus war abhängig von denen, die ihn produziert haben. So stehen sich gegenüber: Ein notwendiger Schritt in eine neue Etappe menschlicher Entwicklung, wollen wir nicht im bestehenden System immer wieder „Mehr des Gleichen“ reproduzieren, und die völlige Ungewissheit, welche Auswirkungen es hat, was auf uns zukommt. Wollen wir ihn gehen, scheint zumindest eine „gedankliche“ Einübung wichtig. Dazu gehört einerseits das Eingeständnis unserer Ambivalenz und nicht deren Verdrängung, die immer nur im Gegenwärtigen und dessen Weiterverfolgen kann. Vielleicht wären auch überblickbare Experimente sinnvoll, in denen wir uns selbst beobachten können. Eines aber sollte klar sein: Jener kollektiven Kraft, die derzeit von unserem globalisierten System ausgeht, können nicht Einzelinitiativen erfolgreich

gegenübergestellt werden. Wollen wir einen Umbau, bedarf es einer ebensolchen kollektiven Energie. Sie kann aber nur entstehen, wenn zwei Bedingungen gelten: eine kollektive ökonomische Entlastung, die erst Energie für anderes als Not freisetzen kann, und eine dabei sich einstellende Zeit, die man braucht, um derart „gewaltige“ Dinge zu überlegen, zu planen, usw. Ein bedingungsloses Grundeinkommen könnte beide Voraussetzungen schaffen. Sie könnte ein Moratorium bedeuten, in dem sich unsere Gesellschaft gleichsam zu sich selbst in Differenz zu setzen imstande ist, „Systemtranszendenz“ einzuüben. Was sonst dabei alles mit unserer „alten Welt“ passiert, ist ebenso wenig abzusehen. Religionen, Weltanschauungen, Ideologien haben in ihren Dogmen, Weltvorstellungen etc. schließlich auch nicht auf Interpretationen und Aufarbeitungen unserer äußeren Abhängigkeiten, auf diverse Arbeitsideologien zur Existenzsicherung verzichten können. Auch unser Rechtssystem bedurfte einschneidender Änderungen. Es darf also nicht verwundern, dass man zögert, sich über eine so „große Sache“ drüber zu trauen. Lohnen würde es sich aber allemal, wollen wir in unserer Entwicklung weiterkommen.

Neben der Großwetterlage gibt es aber auch noch lokalen Sonnenschein, Nebel, Gewitter. Was bedeutet ein Grundeinkommen für den Einzelnen, das Individuum, das der Erwerbsnotwendigkeit – auf ihn beziehen sich weite Teile unseres Bildungssystems – entbunden ist; plötzlich vor ganz neue „Freiheiten“ gestellt ist? Erst jetzt die Offenheit und Unbegrenzbarkeit von Freiheit überhaupt erst entdeckt und das in seiner Person. Der einen existenzsichernden Kompromiss mit Fremdbestimmung nicht mehr einzugehen braucht, völlig neu auf sich selbst gestellt ist. Was tut sich hier für eine seltsame Unbestimmtheit auf, woher bekommen wir Orientierung und Maß? Auch hier war das Verhältnis der Menschen zu sich und ihrer Freiheit immer ambivalent. Die Last offener Unbestimmtheit in Verbindung mit unfreiwillig übernommener Abhängigkeit hat vielfach dazu geführt, Freiheit von sich wegzubringen, nach außen zu setzen und sich von diesen äußeren Instanzen Struktur, Sicherheit und Geborgenheit zu erwarten. Ein bedingungsloses Grundeinkommen radikalisiert das Selbstbestimmungs- und Freiheitsthema; vielleicht wären Vorübungen als Vorbereitung für diese Situation hilfreich. Aber das wäre wiederum eine Bildungsaufgabe, die erst einmal als solche wahrgenommen werden müsste. ■

Sozialökologische Infrastruktur statt Grundeinkommen

Die neoliberale Globalisierung radikalisiert die Illusion, menschliche Bedürfnisse seien vorrangig mit Geld zu befriedigen. Das kommt etwa in der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen zum Ausdruck, das auch von progressiver Seite in die Debatte um eine sozialere Politik eingebracht wird. Statt eines garantierten Grundeinkommens braucht es aber vor allem eine leistbare, soziale und ökologische Infrastruktur für alle, die es ermöglicht, ein gelungenes Leben zu führen.

In der aktuellen Krise des Arbeitsmarktes und des Sozialsystems wird immer wieder ein bedingungsloses Grundeinkommen als Lösung sozialer Probleme vorgeschlagen. Ich meine, dass das Grundeinkommen als eine Form von Geldleistung der falsche Weg ist, die großen Herausforderungen von Klimawandel, zunehmend unkontrollierter Konzernmacht und neuer Armut zu meistern.

Sozialökologische Alternativen gesucht

Es wird mittlerweile kaum bestritten, dass wir uns in einer Übergangszeit befinden, in der unsere konsumfixierte Lebensweise nicht aufrechtzuerhalten ist. Menschen in reichen Regionen der Welt müssen ihren ökologischen Fußabdruck drastisch reduzieren, was nur möglich wird, wenn wir uns von zwei grundlegenden Illusionen des westlichen Lebensstils trennen: dem Wachstumszwang und dem Konsumismus. Der Wachstumszwang erlaubt keinen Stillstand, weil man sonst im Wettbewerb untergeht. So dreht sich das Hamsterrad des Mehr und Schneller mit den zunehmend bekannten, bedrohlichen Konsequenzen für unseren Planeten. Eine eigene Bewegung – die Degrowth-Bewegung – thematisiert diese Problematik.

Weniger intensiv ist die Beschäftigung mit der zweiten Illusion, die eine ebenso bedeutsame Säule kapitalistischer Marktgesellschaften ist: die Illusion, menschliche Bedürfnisse seien vorrangig mit Geld zu befriedigen. Marx beschreibt kapitalistische Gesellschaften – nicht ohne eine gewisse Bewunderung für den damit verbundenen sozialen Fortschritt – als „ungeheure Warensammlung“. Heute sprechen

wir von Konsumgütern, weniger respektvoll von „Klumpert“. Bis heute misst sich Reichtum und Wohlstand zu einem guten Teil an dieser Warensammlung, gut dokumentiert als wesentlicher Teil des BIP, dem Bruttoinlandsprodukt.

Nun wissen wir, dass die Ausweitung dieses privilegierten westlichen Konsumstils auf die gesamte Weltbevölkerung nicht möglich ist. Gefragt ist eine nachhaltige und solidarische Lebensweise jenseits des Konsumismus. Wohlstand wäre zu messen an Zeitwohlstand und gesicherter Daseinsvorsorge. Mein Wohlbefinden wäre nicht erkaufte durch Leid und Umweltverschmutzung in anderen Teilen der Welt. Ändern wir jedoch am gegenwärtigen, zunehmend neoliberalen Wirtschafts- und Sozialsystem nichts, dann wird ein weniger an Einkäufen nur zu Einschränkungen und Wohlstandsverlusten führen. Dazu reicht ein Blick nach Griechenland. Ein Abschied von der Geldfixierung der Bedürfnisbefriedigung ohne soziale Katastrophen ist nur möglich, wenn die Rahmenbedingungen erlauben, anders zu arbeiten und zu leben.

Sachleistungen besser als Geldleistungen

Alle Erfahrungen zeigen, dass staatliche Geldleistungen eine umverteilende Wirkung haben können. Sie sind daher oftmals besser als gar keine Maßnahmen. Gleichzeitig tendieren Geldleistungen dazu, bestehende, oftmals problematische Strukturen zu verstärken. Sowohl das Pflegegeld als auch das Kindergeld haben in Österreich die traditionelle geschlechtliche Arbeitsteilung eher verstärkt als aufgeweicht. Mutter werden ist durch das Kindergeld für Frauen besonders karrierehemmend. 2013 waren weniger Frauen in Österreich ganztags beschäftigt als 1993. Das Pflegegeld wiederum hat legale und halb-legale Märkte für Betreuungsarbeiten gefördert und zur verstärkten transnationalen Migration von Frauen geführt.

Die so dringend notwendige Neudefinition von Arbeit und eine gerechtere Verteilung der verschiedenen Arbeitsformen auf die Geschlechter werden durch diese Geldtransfers also eher behindert, Strukturen werden verfestigt. So ist zu befürchten,



Andreas Novy leitet das Institute for Multi-Level Governance and Development an der Wirtschaftsuniversität Wien und ist Obmann der Grünen Bildungswerkstatt.

dass auch ein bedingungsloses Grundeinkommen die Struktur des Konsumismus befördert und kaum zur notwendigen Transformation beiträgt. Und es verwundert auch nicht, dass immer mehr neoliberale Konzepte von Grundeinkommen Anwendung finden, in denen ein „Grundeinkommen“ Sozialleistungen ersetzt.

Ein konsumfixierter Lebensstil ist keine individuelle Entscheidung, es ist eine strukturell bestimmte Lebensweise. Diese wird nicht verändert, wenn Menschen mit oder ohne Bedingungen Geld bekommen. Ein bedingungsloses Grundeinkommen ermöglicht Armutsgefährdeten, sich weiterhin beim Diskonter das leisten zu können, was sie fürs Leben brauchen. Daran ist grundsätzlich und als Notlösung nichts Verwerfliches. Es ist aber eine naive Hoffnung, an eine „unsichtbare Hand“ zu glauben, die mit derartigen Geldtransfers zu Strukturänderungen weg vom neoliberalen Konsumismus führt. Vielmehr bieten sie jedem und jeder, was Margaret Thatcher den Fleißigen versprochen hatte: „Mehr Geld im Börsel“.

Gut Leben mit Zeitwohlstand und öffentlicher Daseinsvorsorge

Eine sozialökologische Transformation braucht eine andere Form der sozialen Absicherung. Gutes Leben für alle erfordert ein Wohlstandskonzept, das die Bedeutung von Geld und Konsum für das gute Leben einschränkt. Dieses gibt es mit den Konzepten von Zeitwohlstand und Daseinsvorsorge auch. Ein derartig qualitativ definierter Begriff von Wohlfahrt weist darauf hin, dass es für ein gutes Leben Einrichtungen

und Infrastrukturen braucht, die leistbar sind und ökologisch nachhaltiges Bedürfnisse befriedigen.

Lebensweisen werden immer gesellschaftlich ermöglicht oder behindert. Dazu zwei Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit: In den 1970er Jahren errichtete die Stadt Wien die Donauinsel – glücklicherweise zu einer Zeit, als Immobilienkonzerne noch nicht weltweit die Stadtentwicklung prägen. Statt abgegrenzter Luxuswohnungen für BestverdienerInnen entstand in bester Lage ein riesiger öffentlicher Naherholungsraum, der Lebensqualität schafft. Ähnliche öffentliche Räume bräuhete es dezentral an vielen Orten jeder Stadt. So könnten dezentrale Zentren einer Stadt der kurzen Wege entstehen. Es gäbe genug

Raum für Muse, Freundschaften pflegen, Erholung und Spaß. Dies wäre eine sozialökologische Infrastruktur für alle als Grundlage einer nachhaltigen und solidarischen Lebensweise. Als zweites Beispiel sei das 365-Euro-Ticket genannt, das seit fünf Jahren Wien zu einer Stadt macht, die nicht nur ein großartiges öffentliches Verkehrsnetz hat, sondern auch eines der billigsten.

Die so gesenkten Lebenshaltungskosten sind ein (kleiner) Beitrag, den Abstieg in die Armut zu verhindern. Erschwingliche und gute öffentliche Verkehrsmittel ermöglichen in Wien ein Leben ohne Auto. In Güssing hingegen ist ein Leben ohne Auto nur um den Preis des Ausschlusses vom sozialen Leben möglich. Die Stra-

tegie, klimaschädliche Infrastrukturen zurückzubauen – allen voran bestimmte Verkehrsinfrastrukturen und fossile Energiesysteme – und stattdessen eine sozialökologische Infrastruktur für alle auszubauen, ist daher sicherlich der beste Weg, um strukturelle Veränderungen weg von Konsumismus und Wachstumszwang einzuleiten. Während Geldleistungen wie ein Grundeinkommen die Funktion haben, Not zu lindern, sind öffentliche Räume, öffentliche Verkehrsmittel, erschwinglicher Zugang zu Energie, Wasser, Wohnen, Gesundheit und Bildung die notwendigen Voraussetzungen für eine neue, solidarische Lebensweise mit reduziertem ökologischen Fußabdruck – aber besserer Lebensqualität für alle. ■

Warum ich trotzdem gegen ein Grundeinkommen bin

Die Argumente sind eigentlich ausgetauscht und die empirischen Belege von Staaten oder Regionen, die von den BefürworterInnen hochgejubelt werden, weil in ihnen das Grundeinkommen im Kern bereits eingeführt sei oder kurz vor der Einführung stünde, entpuppen sich regelmäßig als Potemkinsche Dörfer. https://de.wikipedia.org/wiki/Potemkinsches_Dorf.

Dennoch ist das bedingungslose Grundeinkommen seit Jahren, eigentlich Jahrzehnten, ein Dauerbrenner in der politischen Debatte. Erst jüngst – im Juni 2016 – haben die Schweizer StimmbürgerInnen über die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens abgestimmt und sie mit großer Mehrheit abgelehnt. Immerhin 22 Prozent haben aber ein bedingungsloses Grundeinkommen in der Höhe von monatlich 2.500 Schweizer Franken (mehr als 2.200 Euro) monatlich befürwortet.

Die Knoten sind nicht nur im Kopf

Warum also ist die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens noch immer oder immer wieder attraktiv?

Weil sie – zumindest in den linken Varianten – utopische Elemente in einen politischen Alltag einbringt, in dem fast permanent so getan wird, als ob es keine Alternativen zu den angeblichen Sachzwängen geben würde.

Weil sie – wenn sie politische und öko-

nomische Realitäten weitgehend ignoriert – Sehnsüchte und Bedürfnisse von Menschen sichtbar machen kann.

Weil sie – aufbauend auf der Entflechtung von Arbeit und Einkommen – die Beschränkungen und Zwänge unserer kapitalistischen Gesellschaft sichtbar machen und zumindest im Kopf Knoten auflösen kann.

Die Schweizer InitiatorInnen für ein bedingungsloses Grundeinkommen haben das so formuliert:

„Wir wollen das Denken der Knappheit überwinden und die Möglichkeiten des Überflusses nutzen. Wir wollen nicht nur Geld verdienen, sondern unsere Lebensaufgabe finden und erfüllen. Wir wollen weniger Zwang und mehr inneren Antrieb. Wir wollen keine entfremdete Wirtschaft, sondern Unternehmen mit einer Seele. Wir wollen nicht besitzen, aber alles nutzen. Wir wollen nicht bewahren, sondern lernen, den Wandel zu genießen. Wir wollen nicht jammern, sondern machen“. <https://www.bedingungslos.ch/de/news/2fNEQNt-wLh2SpmswG>

Das Problem beginnt dort, wo das Grundeinkommen als der entscheidende Schlüssel für die in dem Zitat beschriebene grundlegende Änderung der Gesellschaft gesehen wird. Ich halte es noch immer mit dem Spruch von Umberto Eco: „Es gibt für jedes komplexe Problem eine ein-



Karl Öllinger ist Abgeordneter der Grünen im Parlament

fache Antwort – es ist mit Sicherheit die falsche!“.

Wer glaubt, mit einer einzigen sozialpolitischen Maßnahme die gesellschaftlichen Machtstrukturen überlisten und über das trojanische Pferd Grundeinkommen aushebeln zu können, der täuscht sich gewaltig. Schon minimale Verschiebungen von Macht- und Einkommensverhältnissen zugunsten der Schwächeren sind in der Regel das Ergebnis von harten Verteilungskämpfen. Verschenkt wird da gar nichts! Unsere Wirtschaft scheidet derzeit schon gewaltig an dem vergleichsweise einfachen Problem, allen Menschen für ihre Erwerbsarbeit ein ausreichendes Einkommen zur Verfügung zu stellen – und da soll eine einzige sozialpolitische Maßnahme, nämlich die Einführung eines Grundeinkom-

mens für alle, nicht nur bei Erwerbsarbeit, sondern für alle Abhilfe schaffen können?

Wer ist alle?

In der Regel gehen fast alle Grundeinkommensmodelle davon aus, dass das Grundeinkommen in voller Höhe allen Erwachsenen und in reduzierter Höhe allen Minderjährigen zustehen sollte, wobei es auch Varianten gibt, die keinen Unterschied zwischen Erwachsenen und Minderjährigen machen. Von tatsächlich einschneidender Relevanz ist allerdings, ob das Grundeinkommen auch allen Neuankömmlingen (MigrantInnen und Flüchtlinge) zustehen soll. Wenn man in Betracht zieht, wie leicht sich sogar die minimalen Beträge für die Grundversorgung von AsylwerberInnen für hetzerische Kampagnen gegen Flüchtlinge instrumentalisieren lassen, kann man in etwa ermessen, was das Resultat schon bei der bloßen Ankündigung wäre, das Grundeinkommen auch allen zugewanderten Menschen zur Verfügung zu stellen.

Vermutlich genau aus diesem Grund haben die Schweizer InitiantInnen keine präzisen Angaben zu diesem heiklen Punkt gemacht (siehe NZZ <http://www.nzz.ch/schweiz/aktuelle-themen/bedingungsloses-grundeinkommen-oswald-siggs-realismus-ld.15922>).

Probleme wie das der Zugänglichkeit oder anders herum der Zugangsbeschränkungen können aber nicht als Detailfragen abgetan werden, die den Blick auf das Grundsätzliche, die große Idee, verstellen würden.

Wann ist genug?

Ähnliches gilt für die Höhe des Grundeinkommens und seine Finanzierbarkeit. Ich weiß – das zu erörtern wird von den BefürworterInnen in der Regel als Totschlagargument gesehen, aber es ist nun mal ein zentraler Punkt.

Dass es nicht ausreicht, auf das leuchtende Beispiel Alaska hinzuweisen, wo alle BewohnerInnen (sofern sie nicht straffällig geworden sind) aus den Zinseinnahmen eines Fonds, der aus den Gewinnen der Ölförderung gespeist wird, jährlich (!) einen Betrag in der Höhe von 1.000 bis 2.000 US-Dollar erhalten, hat sich mittlerweile allgemein durchgesetzt.

Für ein Grundeinkommen in Schweizer Höhe müssten in Österreich rund zwei Drittel des Bruttoinlandsprodukts aufgewendet werden – eine gewaltige Umwälzung, die nur mit massivsten und vermutlich sehr autoritären Änderungen

der gesamten Einnahmen und Ausgabenstrukturen durchsetzbar wäre. Aber selbst ein sehr bescheidenes Grundeinkommen in der Höhe von 1.000 Euro (zwölf Mal im Jahr!) würde faktisch alle Aufwendungen für Soziales auffressen. Wer möchte etwa den PensionistInnen dann erklären, dass sie es als sozialen Fortschritt betrachten sollten, wenn sie statt einer mageren Pension von 1.000 Euro (14 mal im Jahr) jetzt so wie alle anderen im Land ein Grundeinkommen von 1.000 Euro (12 mal im Jahr) erhalten? Wobei man nicht verschweigen sollte, dass sich die Menschen, die nur von ihrem Grundeinkommen leben sollten, von diesem auch noch ihre Krankenversicherung finanzieren müssten. Ähnliches gilt für Menschen, die wegen Alter oder Behinderung auf Pflegeleistungen angewiesen sind. Das Sozialbudget wäre durch das Grundeinkommen aufgebraucht – das kann sich jede/r selbst ausrechnen.

Natürlich ist es denkbar und geschieht auch in verschiedenen Modellen, dass – um Attraktivität und Akzeptanz des jeweiligen Modells zu erhöhen – an anderen Stellschrauben gedreht wird. Die Höhe des Grundeinkommens ließe sich etwa dadurch verbessern, dass alle Verbrauchssteuern radikal erhöht werden. Götz Werner, der zwar zu den Proponenten des liberalen Grundeinkommenflügels zählt, dennoch aber auch von den Linken gerne zitiert wird, argumentiert die massive Anhebung der Verbrauchssteuern, um ein Grundeinkommen von 1.000 Euro – für ihn ein „Richtwert“, den man sich gut merken kann – zu finanzieren.

Die Schweizer InitiantInnen wiederum würden zur Finanzierung ihres Grundeinkommens – https://bedingungslos.ch/cfs/files/files/3Hfxc7xNTjLt54X5X/Visualisierung_Finanzierbarkeit_v03.pdf?token=eyJhdXRoVG9rZW4iOiJlQmRfTUFrRkt2Y094VG9GWjhR-V1psYTVVRDhVaVFMTDdkYVdXU215d-F9xIn0%3D – tief in die Taschen der Privatwirtschaft greifen, von der sie eine Abgabe für die Grundeinkommenskasse einheben wollen. Damit der Wirtschaft daraus keine Nachteile erwachsen, würden die Löhne bedeutend abgesenkt – weil sie ja ohnehin durch das Grundeinkommen gestützt würden. Trotzdem bleibt in der Schweizer Grundeinkommens-Rechnung ein nicht unbedeutender Fehlbetrag, der durch verschiedene „Annahmen“ – etwa eine deutliche Senkung der Gesundheitsausgaben, oder auch die Senkung des Verwaltungsaufwandes – weggerechnet wird.

Welche Effekte auf die wirtschaftliche Entwicklung ein allgemeines Grundeinkommen sonst noch haben könnte, darüber lässt sich wohl – je nach Standpunkt des Betrachters – trefflich spekulieren. Für meine bescheidenen Modellannahmen genügt mir schon, dass die Durchsetzung eines allgemeinen und bedingungslosen Grundeinkommens vermutlich mit sehr restriktiven Annahmen über die Zugänglichkeit für Zugewanderte und bei einer akzeptablen Höhe mit sehr autoritären Eingriffen für die gesamte Einnahmen- und Ausgabenstruktur verbunden wäre.

Vermutlich wäre ein Grundeinkommen mit breiter Akzeptanz (und niedriger Höhe) erst dann durchsetzbar, wenn vorher die wichtigen sozialen Sicherungssysteme bzw. der Sozialstaat, wie wir ihn heute (noch) kennen, weiter ausgehöhlt würden. Das ist aber nicht eine Perspektive, an der wir Grüne uns orientieren sollten.

PS.: Ich habe hier bewusst auf die Darstellung grüner Positionen, vor allem unseres Modells der bedarfsorientierten und lebenslagenbezogenen Grundsicherung verzichtet. Dieses Modell, an dessen Entwicklung ich mitarbeiten durfte, konnten wir so nur in einer heftigen, aber sehr produktiven Auseinandersetzung mit GrundeinkommensbefürworterInnen entwickeln. So finden sich darin vor allem lebenslagenbezogene Elemente eines Grundeinkommens: etwa für alle Menschen, die das Pensionsalter erreicht haben oder für Erwerbstätige, denen wir zumindest zeitweise einen bezahlten Ausstieg (Sabbatjahr) mittels Grundeinkommen garantieren wollen. Auch ein Grundeinkommen für Jahre der Bildung haben wir angedacht. Einzelne Elemente davon finden sich mittlerweile in reichlich verkümmerter Form in der politischen Realität. ■

Von der Seele weg – darf das wahr sein?

Manchmal fasse ich es immer noch nicht, wie jenseitig, hilflos und zitternd vorm Zorn des Boulevards die Regierungspolitik in Österreich und weltweit dahinstolpert ...

„Wie-schreibe-ich-Bewerbungs-Kurse“ für arbeitslose AkademikerInnen, die im Journalismus oder als Verlags-LektorInnen gearbeitet haben, EDV-Kurse für 58-jährige Gastro-Hilfskräfte, die wehe Füße haben und keinen Bezug zu Computern, Englisch-Kurse für Personen, die gemobbt und durch Jüngere ersetzt wurden - Alltag beim Arbeitsmarktservice. Selbiges wurde vor Jahren „ausgliedert“ und steht selbst unter dem Erfolgsdruck der Vermittlungsrate. Förderungen für Betriebe, damit sie Leute einstellen, während gleichzeitig die Steuern und Abgaben praktisch ausschließlich die menschliche Arbeit belasten.

Das hat zwar alles keinen Sinn oder ist sogar extrem kontraproduktiv, sehr teuer, demotiviert die Betroffenen endgültig – aber es schön die Arbeitslosen-Statistik. Doch das wirkt auch nicht mehr. Und so, als wäre das alles noch nicht genug des menschenfeindlichen Blödsinns: Jetzt wollen die konservativen Hüter

der „Arbeit-muss-sein“-auch noch den Zwang zu 1-Euro-Jobs für Fremde oder besser gleich für Alle ... Und, ja sicher, nicht zu vergessen: ganz, ganz fürchterlich strenge Kontrollen der „Arbeitswilligkeit“.

Ja, verdammt noch einmal: Wieviel Unvernunft darf's denn noch sein? Wie tief kann denn der Kotau vor der extremen Rechten und den selbst ernannten Lobbyisten der „Fleißigen und Tüchtigen“ denn noch ausfallen?

Eigentlich eine sehr simple Milchmännchen-Rechnung: Die Produktivität wird bis zum Burnout gesteigert, Robotik und Mechanisierung erobern die Arbeitswelt und von Arbeitszeit-Verkürzung seit Jahrzehnten keine Rede mehr. „Jetzt wird wieder in die Hände gespuckt, wir steigern das Brutto-Sozialprodukt“ und „Sie amputierten ihm sein letztes Bein und jetzt kniet er sich wieder mächtig rein!“ – besser als Geiers Sturzflug (1983 !!!) kann man den globalen Irrsinn nicht besingen.

Also – wie weiter? Noch mehr Druck, noch mehr Vergatterung zu Frust-Kursen, noch mehr Geschenke an die Multis, die als Dank für ein



Madeleine Petrovic ist Abgeordnete im Niederösterreichischen Landtag und Präsidentin des Wiener Trierschützvereins.

paar Billig-Jobs gar keine Steuern mehr zahlen oder ein logischer, simpler und vergleichsweise sehr preis-werter Ausweg: Ein BGE, das zum guten Leben reicht, Talenten zum Durchbruch verhilft und das Menschsein, wie ich es verstehe, möglich macht. Eigentlich sonnenklar! ■



Lisa Muhr ist Geschäftsführerin der „Göttin des Glücks“ GmbH

Eine Geschichte aus dem Leben der „Göttin des Glücks“: Sandra L. (Name geändert) erhält vom AMS ein gefördertes Praktikum für drei Monate. Sie kontaktiert die „Göttin“, weil sie die Modemarke seit Jahren verfolgt und die Pionierarbeit des nachhaltigen Vorzeigeunternehmens mit höchst möglichen sozialen und ökologischen Standards entlang der gesamten Produktionskette schätzt. Es ist ihr Herzenswunsch,

Aus der beinahe täglichen Praxis...

einmal in das Unternehmen hineinschnuppern zu können und die Menschen dahinter kennen zu lernen. Die „Göttin des Glücks“ geht gerade über in Arbeit und freut sich sehr über Unterstützung. Die klassische Win-Win Situation, das Praktikum kann beginnen. Es folgen drei Monate höchst freudvoller, befruchtender, kompetenter und zufriedenstellender Zusammenarbeit. Doch die drei Monate gehen zu Ende. Eine Fortsetzung der Zusammenarbeit wäre von beiden Seiten erwünscht: es gibt genug Arbeit, menschlich passt es perfekt, die Werthaltung ist die gleiche. Aber es scheitert am Geld: Sandra L. hat eine vorübergehend schwierige Lebenssituation zu meistern und ist auf ein gewisses Monatsgehalt angewiesen. „Göttin des Glücks“ kann nicht über Kollektivvertrag zahlen, weil sie mit ihren Bio, FAIRTRADE und GOTS Standards die vier- bis sechsfachen Produktionskosten zahlt und daher für den Rest ihrer Tätigkeiten mit weit weniger Marge auskommen muss. Schweren Herzens gehen Sandra und die „Göttin“ getrennte Wege.

Sandra L. hat jetzt einen gut bezahlten Job in einer Branche angenommen, die nicht ihr

Herzensgebiet ist, um ihre vorübergehend schwierige Lebenssituation zu meistern. Sowohl Sandra als auch die „Göttin“ wissen, dass sich ihre Wege eines Tages wieder kreuzen werden.

Ich denke, das bedingungslose Grundeinkommen kann vor allem Frauen und Mütter (oft alleinerziehend) von Existenzängsten befreien und sie aus der Abhängigkeit prekärer oder unzufrieden stellender Arbeitsverhältnisse holen. Entweder weil sie geringfügig arbeitend trotzdem ein Auskommen haben, mit dem sie leben können oder weil sie nicht jeden Job annehmen müssen, der ihnen geboten wird. Das bedingungslose Grundeinkommen verschafft Menschen die Freiheit, aus freien Stücken zu entscheiden, welchen Job sie annehmen und wieviel sie arbeiten wollen. Was wir freiwillig tun, motiviert uns und das machen wir am besten. Was wir freiwillig tun, das gelingt am besten. Das schafft bessere Jobs, resilientere Unternehmen, eine produktivere Wirtschaft und eine gesündere Gesellschaft. ■

Grundeinkommen ja, aber richtig!

Auch wenn man die Idee des »Bedingungslosen Grundeinkommens« faszinierend findet, darf man die Augen vor der Realität nicht verschließen: Dessen Einführung erscheint zumindest in der bislang diskutierten Form vollkommen unrealistisch. Um sozialen Ausgleich zu schaffen und gleichzeitig den Klimaschutz voran zu treiben, wäre jedoch eine andere Form des Grundeinkommens sehr hilfreich: nicht ausbezahlt in Geld, sondern in Form staatlich garantierter CO2-Emissionsrechte!

Für viele Menschen ist die Idee eines Bedingungslosen Grundeinkommens eine faszinierende Vision: Die Menschen wären nicht nur sozial abgesichert, sondern auch wesentlich freier und selbstbestimmter, wenn unabhängig von jeglicher Gegenleistung für ihr Einkommen gesorgt wäre.

Trotzdem bleibt auch den glühendsten BefürworterInnen des Bedingungslosen Grundeinkommens eine unangenehme Frage nicht erspart: Wie realistisch ist es, dass diese Idee in Österreich oder Europa je verwirklicht wird? Und ist es demnach strategisch sinnvoll, in der politischen Arbeit auf diese Karte zu setzen? Drei Gründe lassen massive Zweifel aufkommen:

Erstens wäre für die Akzeptanz eines Bedingungslosen Grundeinkommens eine fundamentale Änderung unserer Mentalität notwendig. Der oft zitierte Satz »Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen!« steckt noch immer tief in unseren Köpfen. Das ist kein Wunder: In allen Ländern, die so reich sind, dass sie theoretisch ein Bedingungsloses Grundeinkommen finanzieren könnten, ist auch das Arbeitsethos entsprechend hoch. Selbst viele Menschen, die aufgrund ihres niedrigen Bildungsgrades und ihrer schwachen Stellung am Arbeitsmarkt am ehesten von einem Grundeinkommen profitieren würden, begegnen dieser Idee mit massiver Skepsis und Ablehnung.

Dass hingegen Menschen, die ein Vermögen geerbt haben, allein von den Früchten ihres leistungslos erworbenen Eigentums und nicht von ihrer Arbeit leben können, ist weitestgehend akzeptiert. Dieses Phänomen ist, wie wir später sehen werden, sehr wichtig, wenn es darum geht ein alternatives Grundeinkommens-Modell zu skizzieren.

Die zweite Schwierigkeit besteht in der Finanzierung. Damit ist nicht die theoretische Finanzierbarkeit eines Grundeinkommens gemeint – wenn man will, kann man fast alles finanzieren –, sondern de-

ren praktische Machbarkeit. Denn neben einem Komplettumbau unseres Sozialstaates würde ein Grundeinkommen auch eine Radikalreform unseres Steuersystems erfordern.

In der Debatte kursieren im Wesentlichen zwei Finanzierungsvarianten: Eine Möglichkeit bestünde darin, die in Österreich bereits jetzt schon sehr hohe Steuer- und Abgabenquote noch einmal kräftig anzuheben, wenn man das Grundeinkommen zum Beispiel über Vermögenssteuern finanzieren wollte. Wir sprechen hier von zweistelligen Milliardenbeträgen an zusätzlich notwendigen Einnahmen, die Österreich von einem Hochsteuerland zum internationalen Steuereinhebungs-Spitzenreiter machen würden! Andere Modelle sehen eine massive Verschiebung der Steuerlast von den Arbeitseinkommen in Richtung Verbrauchssteuern vor, wobei von Mehrwertsteuersätzen bis zu 100 Prozent die Rede ist.

Beide Varianten sind in einer kleinen, offenen Volkswirtschaft inmitten der Europäischen Union entweder praktisch oder rechtlich unrealisierbar. Es müsste also nach einem Grundeinkommens-Modell gesucht werden, das sich quasi unabhängig von steuerlichen Eingriffen des Staates realisieren lässt.

Die dritte Hürde besteht darin, dass ein Bedingungsloses Grundeinkommen ein gigantisches Umverteilungsprojekt wäre, was ja auch der Sinn der Sache ist: Wenn immer mehr Menschen monetäre Einkommen erhalten, obwohl sie dafür keine monetär bewertete Arbeit leisten, kann dieses Geld letztendlich nur von jenen kommen, die dieses Geld mit ihrer Arbeit »verdienen«.

Für viele SteuerzahlerInnen ist es schon schwer verständlich, dass nicht nur Erwerbslose, sondern auch Menschen, die gar nicht arbeiten wollen, eine staatliche Alimentierung erhalten sollen. Wenn für die Finanzierung dieses Grundeinkom-



Volker Plass ist Unternehmer und Bundessprecher der Grünen Wirtschaft

mens auch noch zusätzliche Steuern eingehoben werden müssten, wird die Idee für die meisten BürgerInnen vollkommen inakzeptabel.

Die leidige Debatte rund um Vermögenssteuern im Laufe der letzte Jahre hat zudem eines gezeigt: Die wenigen wirklich Reichen, die man zum Beispiel über eine Erbschaftssteuer zur Kasse bitten könnte, verfügen hierzulande offenbar über sehr effektive Methoden, sich gegen die Einführung einer solchen Steuer zur Wehr zu setzen. Und sie finden seltsamer Weise nicht nur in der Politik Verbündete, sondern auch bei einer Mehrzahl jener Menschen, die niemals von Vermögenssteuern betroffen wären. Aus welchen Gründen auch immer werden Erbschaftssteuern hierzulande nicht als gerechter Ausgleich für eine glückliche und leistungslose Geburt einiger Weniger in eine wohlhabende Familie empfunden, sondern als »schamlose Enteignung« rechtmäßigen Eigentums durch den Staat. Auch dieses Paradoxon müsste man sich für die Konstruktion eines durchsetzbaren Grundeinkommens zunutze machen.

Vieles spricht also dagegen, dass ein klassisches Bedingungsloses Grundeinkommen, bei dem der Staat jedem Bürger monatlich eine bestimmte Geldsumme ausbezahlt, realisierbar ist. Trotzdem werden wir schon bald ein derartiges sozialstaatliches Instrument benötigen: In einer Wirtschaft, die kaum mehr wächst und in der zunehmend Jobs durch Digitalisierung verloren gehen, müssen wir eine immer größere Anzahl an Menschen vor dem fi-

nanziellen Absturz bewahren, für die der Arbeitsmarkt keine Verwendung mehr hat.

Unsere Wirtschaft steht in den kommenden Jahren aber noch vor einer zweiten gigantischen Herausforderung: Wenn man das bei der UN-Klimakonferenz in Paris beschlossene und bereits von großen Teilen der Staatengemeinschaft ratifizierte 2-Grad-Ziel ernst nimmt, müssen unsere CO₂-Emissionen bis Mitte dieses Jahrhunderts praktisch auf Null sinken. Bislang ist noch keine erfolgversprechende Strategie in Sicht, mit der dieses ambitionierte Vorhaben realisiert werden könnte. Hier nur auf Vernunft oder technologische Innovationen zu vertrauen und nicht auch daran zu denken, die CO₂-Emissionen jedes einzelnen Menschen zu beschränken, wäre sehr fahrlässig!

Es ist also reizvoll, nach einer gemeinsamen Lösung für diese beiden Probleme zu suchen. Und da sich die Diskussion über ein Grundeinkommen ohnehin im utopisch-visionären Bereich befindet, können wir unseren Gedankenexperimenten auch hier freien Lauf lassen:

Wie wäre es, wenn wir ein »Bedingungsloses Klimaschutz-Einkommen« ausbezahlen? Also kein Grundeinkommen in Form von Geld, sondern ein Einkommen in Form einer Zuteilung von handelbaren Rechten, die Erdatmosphäre pro Kopf und Jahr mit einer gewissen Menge CO₂ zu verschmutzen?

Zu diesem Zweck würde – grob vereinfacht dargestellt – die derzeit von Österreichs Privathaushalten emittierte Gesamtmenge an Treibhausgasen durch die 8,5 Millionen hierzulande lebenden Menschen dividiert, und jeder Bürger bekäme am 1. Jänner jedes neuen Jahres staatlich garantierte Emissionsrechte für seinen Anteil zugesprochen. In der Folge müsste für besonders CO₂-intensive Produkte – z.B. Autotreibstoffe, Heizöl, Erdgas und Flugtickets – nicht nur mit Geld, sondern zusätzlich auch mit den entsprechenden Emissionsrechten bezahlt werden.

Dadurch würde sich folgende Situation ergeben: Arme oder arbeitslose Menschen, die nur über wenig Geld verfügen und wirtschaftlich gar nicht in der Lage sind, überdurchschnittlich viel CO₂ zu emittieren, hätten plötzlich dieselbe Menge an Emissionsrechten in der Hand wie Reiche. Diese wiederum würden aber wesentlich mehr als die ihnen zugewiesenen Emissionsrechte benötigen, um ihr vieles Geld auch ausgeben zu können bzw. ihren vergleichs-

weise aufwändigeren Lebensstil mit Wochenendhaus, Zweitwagen, Flugreisen etc. zu pflegen.

Würde nun der Staat eine Handelsplattform einrichten, auf der die Armen ihre nicht benötigten Emissionsrechte an die Reichen verkaufen können, würde im Gegenzug Geld von Reich in Richtung Arm fließen, ohne dass der Staat zusätzliche Steuern einheben muss. Der Staat wäre nicht mehr die umverteilende Instanz, sondern müsste lediglich den Handel zwischen souveränen Marktteilnehmern organisieren, die nicht mehr aus dem Füllhorn des Staates bedient werden, sondern miteinander über die gegenseitige Inanspruchnahme ihres Eigentums verhandeln. Und neben dem sozialen Ausgleich würde plötzlich auch ein ökologischer Ausgleich stattfinden.

Ein weiterer Vorteil bestünde darin, dass es sich um einen sehr liberalen Ansatz handelt: Jeder Bürger könnte mit seinem Geld weiterhin das konsumieren, was er möchte, sofern er sich innerhalb der durch die verfügbaren Emissionsrechte abgesteckten ökologischen Grenzen befindet. Der Staat müsste also keine CO₂-Steuern einführen, Verbrauchswerte reglementieren oder gar Verbrennungsmotoren verbieten. Alles würde wie von Zauberhand von selbst geschehen, da der Markt und seine KonsumentInnen durch immer knapper werdende Rechtezuteilungen die notwendigen Impulse für Veränderungen aus eigenem Antrieb erhielte.

Natürlich steckt bei einem solchen System der Teufel ebenfalls im Detail: Der Handel müsste streng reglementiert und überwacht werden, um schwache Marktteilnehmer zu schützen und die Spekulation mit Emissionsrechten zu unterbinden. Auch müsste ein derartiges Klimaschutz-Einkommen wahrscheinlich europaweit eingeführt werden, was aber schon allein deswegen nicht unvorstellbar erscheint, weil ja alle EU-Staaten vor derselben Herausforderung stehen, ihre CO₂-Emissionen zu reduzieren, und hier das Bewusstsein schon wesentlich ausgeprägter ist als bezüglich einer gemeinsamen Sozial- und Steuerpolitik.

Einmal eingeführt könnte man den Emissionsrechtshandel mit jedem Jahr ein klein wenig verschärfen, um die angestrebten CO₂-Reduktionsziele fristgerecht zu erreichen. So wäre es möglich, im Laufe der Zeit weitere besonders klimaschädliche Produktkategorien – etwa Unterhaltungselektronik oder tierische Nahrungsmittel – in das System aufzunehmen. Zu je-

dem Jahresbeginn, wenn die persönlichen CO₂-Konten neu aufgefüllt werden, würden zudem die ausgegebene Gesamtmenge an Emissionsrechten und dadurch auch die entsprechende Pro-Kopf-Zuteilung ein wenig sinken, bis die Klimaschutzziele erreicht sind.

Am Ende dieses Prozesses, wenn praktisch keine Treibhausgase mehr emittiert werden, müsste man lediglich von CO₂ auf eine andere Bemessungsgrundlage – z.B. den gesamten ökologischen Fußabdruck eines Produktes – umsteigen, um das Grundeinkommens-Modell weiter am Laufen zu halten. Knappe Ressourcen und gefährdete Lebensgrundlagen, die als Bezugsgröße dienen könnten, gibt es ja leider mehr als genug.

Natürlich könnten sich die BürgerInnen auf demokratischem Wege auch gegen die Einführung eines solchen Systems zur Wehr setzen. Im Gegensatz zu einem monetären Grundeinkommen, bei dem sich der Staat bei den Wählern für zusätzliche Steuern zu rechtfertigen hätte, wäre bei einem Klimaschutz-Einkommen die Beweislast jedoch umgekehrt:

Da die Erdatmosphäre niemandem gehört, kann sie nur allen Menschen zu gleichen Teilen gehören. Und da in einer Marktwirtschaft auch dieses Eigentum absoluten Schutz genießen sollte, müssten plötzlich die Reichen erklären, womit sie ihr vermeintliches Recht begründen, das Klima um ein Vielfaches stärker zu schädigen als es die Armen tun. Mit anderen Worten: Was die Reichen in einem funktionierenden Rechtsstaat legitimiert, das Eigentum ärmerer Menschen ohne jegliche Gegenleistung zu zerstören.

Und genau dafür gibt es keine vernünftigen Argumente! ■

Das Grundeinkommen und die Sozialdemokratie

Philosoph Philippe van Parijs* sieht im Grundeinkommen eine Chance für Erneuerung der Sozialdemokratie. In der Schweiz stimmt die Hälfte der Sozialdemokraten für Grundeinkommen

Der renommierte belgische Philosoph und Ökonom Philippe van Parijs bringt das Bedingungslose Grundeinkommen in die Debatte über eine notwendige Erneuerung der Sozialdemokratie ein: Das Grundeinkommen sei ein Sprungbrett für Arme und würde den Sozialstaat nicht untergraben, sondern untermauern. Es gibt Interesse an dem Vorschlag: In der Schweiz wird die Hälfte der Sozialdemokraten bei der Volksabstimmung am 5. Juni 2016 voraussichtlich für das Grundeinkommen stimmen.

In Österreich will Christian Kern die SPÖ zukunftsfit machen. Der „Runde Tisch – Grundeinkommen“ verweist auf das Konzept des Bedingungslosen Grundeinkommens. Es würde sich gut als Mittel gegen die Spaltung der Gesellschaft eignen. Im September lädt die weltweite Grundeinkommensbewegung im Rahmen der 9. Woche des Grundeinkommens alle Interessierten zur vertiefenden Auseinandersetzung über Herausforderungen der Realisierung.

Grundeinkommen für Zukunft der Sozialdemokratie

Kürzlich argumentierte Philippe van Parijs auf Social Europe für das Bedingungslose Grundeinkommen als neues sozialdemokratisches Versprechen für die Zukunft. Sein Plädoyer liegt nun auf mosaik-blog.at in deutscher Übersetzung vor. Darin geht er auf Bedenken der Sozialdemokraten ein. In Österreich ist die Frage der Erneuerung der Sozialdemokratie spätestens seit der jüngsten Wahl wieder aktuell. Christian Kern verkündete bei seinem ersten Auftritt als neuer Bundeskanzler und designierter Parteivorsitzender, dass es die SPÖ nötig hätte, sich wieder auf die Höhe der Zeit zu bringen.

Reiche brauchen kein Grundeinkommen

Bisher hätte das Grundeinkommen vor allem aufgrund von Missverständnissen zu Misstrauen in den Reihen der Sozialdemokratie geführt, so der Grundeinkommensvordenker Philippe van Parijs. Es würde zwar stimmen, dass die Reichen kein Grundeinkommen benötigen. Doch Spitzenverdiener würden selbstverständlich nicht nur ihr eigenes Grundeinkommen finanzieren, sondern zusätzlich einen Teil der

Grundeinkommen, die anderen ausbezahlt werden. Das Fehlen einer Einkommensprüfung sei also kein Vorteil für die Reichen. Es würde viel mehr dazu führen, dass die Armen weit effektiver erreicht würden und noch dazu ohne Stigmatisierung.

Sprungbrett statt Armutsfalle

Ein weiterer Vorteil sei, dass das Grundeinkommen den Menschen einen festen Boden bietet. Darauf können sie stehen und sich entwickeln, weil es mit zusätzlichen Einkommen kombiniert werden kann. Arbeit würde sich dann wieder lohnen. Hingegen würden bestehende Formen der Sozialhilfe, etwa die bedarfsorientierte Mindestsicherung, Arbeitsanreize reduzieren. Philippe van Parijs erklärt, dass solche Sicherheitsnetze leicht zur Armutsfalle würden. Denn die Unterstützung würde zurückgezogen, sobald die Betroffenen beginnen, Geld zu verdienen. Anders beim Grundeinkommen: Die feste Basis würde allen Menschen einen flexibleren Wechsel zwischen Beschäftigung, Ausbildung und Familie ermöglichen.

Grundeinkommen untermauert Sozialstaat

„Selbstverständlich ist ein Grundeinkommen keineswegs eine Alternative zu einem öffentlich finanzierten Bildungs- und Gesundheitswesen“, betont Philippe van Parijs und lobt die Sozialdemokratie für die Verteidigung der sozialversicherungsbasierten Wohlfahrtsstaaten. „Eine bedingungslose Basis unter dem bestehenden Sozialstaat einzuführen, wird diesen nicht demontieren, sondern die so nachjustierten Sozialversicherungs- und Sozialhilfesysteme stärken.“ Den Widerstand gegen eine Erneuerung durch das Grundeinkommen erklärt sich der belgische Philosoph mit der wichtigen Rolle, die Sozialdemokratie und Arbeiterorganisationen bei der Einführung, Entwicklung und Verwaltung dieser Sozialversicherungssysteme spielten.

Update für das 21. Jahrhundert

„Aber das entbindet Sozialdemokraten nicht davon, die eigene Lehre dringend zu aktualisieren, um die Anforderungen unseres Jahrhunderts besser angehen zu können: ein Jahrhundert, in dem sowohl Erwünschtheit und Möglichkeit von unbegrenztem Wachstum die Selbstverständlichkeit verloren hat, auf die Sozialdemokraten im vorigen Jahrhundert setzten; ein Jahrhundert, in dem lebenslange Vollzeitlohnarbeit nur für eine Minderheit möglich und wünschenswert sein wird; ein Jahrhundert,



**Klaus Sambor, ATTAC,
Runder Tisch Grundeinkommen (RTG)**

in dem die Linke das Thema der Freiheit nicht der Rechten überlassen darf,“ mahnt Philippe van Parijs.

Schweiz: Hälfte der Sozialdemokraten für Grundeinkommen

Dass es an der sozialdemokratischen Basis durchaus Interesse an einer Diskussion über das Bedingungslose Grundeinkommen gibt, zeigt sich besonders in der Schweiz. Dort wird am 5. Juni 2016 weltweit erstmals über die Einführung abgestimmt. Obwohl die Sozialdemokratische Partei der Schweiz sich offiziell gegen die Initiative äußerte, stieg die Unterstützung der SP-Wähler*innen vor der Volksabstimmung laut SRG-Umfrage von 43% im April auf bereits 50% im Mai.

Grundeinkommen gegen Spaltung der Gesellschaft

„Es braucht angesichts steigender Unsicherheit dringend wieder ein attraktives Versprechen für die Zukunft. In diesem Punkt stimmen wir aus der Zivilgesellschaft mit dem neuen Bundeskanzler überein,“ zeigt sich Klaus Sambor vom überparteilichen Runden Tisch – Grundeinkommen mit Verweis auf die angestrebte Erneuerung der SPÖ hoffnungsvoll. „Wir meinen, die gemeinsame Vision eines Grundeinkommens kann Zukunfts- und Abstiegsängste mildern und dadurch einer Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken.“

*Philippe van Parijs ist Professor an der Fakultät für Wirtschafts-, Sozial- und Politikwissenschaften der Université catholique de Louvain (UCL), wo er den Hoover Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialethik seit seiner Gründung im Jahr 1991 leitet.

Philippe van Parijs (2016): „Das Grundeinkommen und die Sozialdemokratie“

Deutsch: <http://mosaik-blog.at/das-grundeinkommen-und-die-sozialdemokratie/>

Neue Arbeitswelten bedingen eine veränderte Existenzsicherung: Das Bedingungslose Grundeinkommen als Lösung

Die Diskussion über ein Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) ist nicht neu. Seit einiger Zeit wird die Debatte aber – angefeuert durch mehrere Initiativen – intensiviert. So hat z.B. im Frühjahr 2016 in der Schweiz eine Volksabstimmung über die Einführung eines BGE international für große Aufmerksamkeit gesorgt. Auch wenn die Schweizer Bevölkerung die Einführung des BGE zuletzt abgelehnt hat, wurde dennoch erreicht, dass die Auseinandersetzung mit dieser Form der Existenz-/Grundabsicherung breiter und bewusster statt findet, zumal mit steigender Arbeitslosigkeit und Prekarisierung der Arbeitswelt der Wunsch nach einer Entkoppelung der Existenzsicherung von der Erwerbsarbeit im klassischen Sinn größer wird.

Auf Grund der sich verschärfenden Situation der neuen Arbeitswelten ist es nämlich für immer weniger Menschen möglich, sich und ihre Angehörigen durch klassische, geregelte Vollzeitverhältnisse finanziell abzusichern. Dafür gibt es vielfältige Ursachen: Die Anzahl derer, die nur mehr Teilzeit oder geringfügig beschäftigt arbeiten nimmt zu, die Löhne (und auch die Transferleistungen) sinken real, Vermögen konzentriert sich in den Händen einiger weniger während der Großteil der Bevölkerung immer weniger „Reserven“ besitzt, Digitalisierung und Wettbewerbsdruck verursachen laufend Rationalisierungen, usw. Die Fortschritte, die durch die Technologisierung der Produktion gemacht wurden, nutzen also nur einigen wenigen. Die Verlagerung vieler Arbeitsbereiche in Billiglohnländer, der Ersatz von menschlicher Arbeitskraft durch Maschinen, die ansteigende Arbeitslosigkeit und hegemoniale neoliberale Wirtschaftskonzepte, die ausschließlich auf Profitmaximierung abzielen, führen zu Machtverschiebungen in Aushandlungsprozessen über die Gestaltung der Arbeitsbedingungen und Löhne.

So erlebten wir beispielweise im Jahr 2012 die Umschichtung von 1800 Mitarbeitern der Fa. Magna Steyr vom bisherigen Industrie-Kollektivvertrag (Metall, KFZ) in den für das Unternehmen günstigeren Gewerbe- und IT-Kollektivvertrag mit der Begründung die Umstrukturierung diene der Verbesserung der Wettbewerbsfähig-

keit. Dies bedeutet aber für die DienstnehmerInnen, mittelfristig Gehaltseinbußen hinnehmen zu müssen.

Die gerade laufende Debatte über die Arbeitszeitflexibilisierung birgt ebenfalls das Risiko einer Verschärfung der Arbeitsbedingungen zu Lasten der DienstnehmerInnen.

Gerade Frauen sind in Phasen sich verschärfender Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Regel stärker betroffen. Sie leisten immer noch den Hauptanteil der Reproduktions- und Carearbeit, sind dem entsprechend weniger mobil und insgesamt stärker abhängig davon überhaupt eine Arbeit zu bekommen als alleinstehende Männer oder Familienväter, denen gesellschaftlich immer noch die Familienernährerrolle zugeschrieben wird. Damit sind Frauen aber im Wettbewerb um Existenzsichernde Arbeitsverhältnisse deutlich im Nachteil.

Gleichzeitig erleben wir ein Zunehmen an Auslagerung ehemals staatlicher Leistungen an die Zivilgesellschaft. Diese erbringt eine Vielzahl an Service- und Versorgungsleistungen, zu einem Gutteil auf Basis ehrenamtlichen Engagements, das zumeist gerade von denjenigen geleistet wird, die auch von den zuvor genannten Verschärfungen betroffen sind. Es wird zwar in der Öffentlichkeit regelmäßig betont, dass diesem Engagement große Wertschätzung entgegen gebracht wird. Die tatsächliche Entlastung vom ökonomischen Druck oder eine Anrechnung der erbrachten Arbeitsleistungen für die ehrenamtlich Arbeitenden - wenigstens bei Sozialversicherungssystemen - findet aber nicht statt. Das bedeutet aber, dass all diese nicht monetär entlohnten Tätigkeiten (Reproduktions-, Care-, Freiwilligenarbeit) beim Erwerb von Absicherungsansprüchen in Zeiten der Erwerbslosigkeit unberücksichtigt bleiben.

Es zeichnet sich also ab, dass die existentielle Absicherung in Zukunft auf andere Beine gestellt werden muss. Dabei wird es nicht ausreichen lediglich für Pensions-, Fortbildungs-, Krankheits- und Kindererziehungszeiten mittels bedarfsorientierter sozialstaatlicher Leistungen für die Existenzsicherung zu sorgen. Die Anzahl der nicht ausreichend verdienenden Berufstätigen



Sabine Jungwirth ist Abgeordnete im Steirischen Landtag

tigen wird selbst bei einer Mindestlohnregelung nicht die finanzielle Absicherung sicherstellen können, denn auch diese reicht bei ungleich verteilter Arbeit nicht aus.

Es braucht daher, eingebettet in eine Vielzahl an Strukturreformen, für alle Menschen eine Basisabsicherung in Form eines Bedingungslosen Grundeinkommens, das selbstverständlich emanzipatorisch ausgestaltet sein muss. Dies bedeutet, dass es in Existenzsichernder Höhe ausgezahlt werden muss und an keinerlei Bedingungen wie Arbeitszwang oder verpflichtender gemeinnütziger Tätigkeit, etc. geknüpft sein soll. Leistungen, wie die Teilhabe am Bildungssystem, die Gesundheitsversorgung, Mobilität, öffentliche Infrastruktur, usw. müssen weiterhin als öffentliche Aufgabe verstanden werden und für alle barrierefrei zugänglich sein. Damit kann eine Demokratisierung der Gesellschaft, vor allem der Arbeitswelt und der Lebensrealitäten von Frauen erreicht werden. Die Entkoppelung der Existenzsicherung und der sozialen Absicherung von der Erwerbsarbeit könnte als Wertschätzung von Seiten der Gesamtheit der Gesellschaft gegenüber den ehrenamtlich Tätigen und Care- und Reproduktionsarbeit Leistenden verstanden werden. Geschlechterhierarchische Rollen- und Arbeitsteilungen könnten aufgelöst werden, da die Abhängigkeit voneinander nicht mehr gegeben ist. Gleichzeitig würden die Verhandlungsprozesse zwischen DienstnehmerInnen und ArbeitgeberInnen gleichberechtigter geführt werden, was zu mehr Zufriedenheit und Gleichberechtigung in der Arbeitswelt führen würde. ■

Bedingungsloses Grundeinkommen Zukunft oder Spinnerei?

Vor 500 Jahren hat Thomas Morus seinen revolutionären Roman Utopia geschrieben, in dem er eine paradiesische Gesellschaft auf einer Insel mit Mitbestimmung, Freiheit, Überfluss, Glück und Gemeinschaftssinn beschreibt. Dieser Roman war damals derart aufwühlend in seiner Radikalität, dass alles was unerreichbar scheint seither Utopie genannt wird. Die Idee es in dieses Paradies zu schaffen ist trotz materiellem Überfluss und zumindest verbrieftter Freiheit und Mitbestimmung auch 500 Jahre danach immer noch eine Utopie. Es fehlt nicht mehr viel, ein bedingungsloses Grundeinkommen vielleicht.

Heute ist es ein soziales Drama, wenn man die Stelle verliert und das Einkommen wegbricht. Mit dem Grundeinkommen wäre es ein Happy End: Die Zusammenarbeit wird dann beendet, wenn sie nicht mehr sinnvoll ist. Aber das Einkommen bricht nicht weg, da es an die Existenz und nicht mehr nur an die Erwerbsarbeit gekoppelt ist. Viele werden sich selbst aus ihrem Job rauswerfen, den sie unsinnig finden.

Es herrscht ein Missverständnis über die Aufgabe von Wirtschaft. Wir meinen heute, die Wirtschaft müsse Menschen beschäftigen. Doch das ist ein Missverständnis. Wirtschaft muss Menschen von Arbeit befreien! Denken Sie an Bagger, Auto, Waschmaschine. Es ist nicht die Aufgabe von Unternehmen Jobs zu schaffen. Kein Unternehmer steht morgens auf und fragt sich: Womit kann ich Arbeit schaffen? Der Gipfel dieses Missverständnisses ist die Forderung nach Vollbeschäftigung.

Das Grundeinkommen wäre eine Automatisierungsdividende, die mehr Innovation

freisetzen wird, als wir jetzt schon haben. Wer ein Unternehmen gründet, geht kein Risiko mehr ein. Heute bremsen wir Innovation systematisch aus und wünschen Wachstum, damit wir möglichst viele Erwerbsarbeitsstellen erhalten. Das Grundeinkommen kann uns von der Angst befreien. Das Grundeinkommen ist übrigens kein Lohn, sondern ein Menschenrecht. Job geht, Job kommt, Grundeinkommen bleibt!

Es belohnt nicht die Existenz, sondern ermöglicht sie, es ist ein Lebensmittel. Heute muss man erst arbeiten, um Geld zu erhalten; ein Misstrauensvotum. Mit dem Grundeinkommen vertraut man, dass Menschen arbeiten und ihre Selbstbestimmung nutzen.

Viele soziale, wirtschaftliche, aber auch ökologische Probleme erscheinen kleiner, wenn man ein bedingungsloses Grundeinkommen einführt und damit auf die Lösung zielt. Der Ausstieg aus umweltschädlicher Technologie, Braunkohle, oder Kernkraft beispielsweise. Warum werden diese Industrien vom Staat gefördert, obwohl bekannt ist, dass sie uns gravierend schaden? Weil es Arbeitsplätze sind die verloren gehen würden, Wählerstimmen. Mit einem Grundeinkommen für jeden in der Familie findet sich eine neue Arbeit leichter, man macht was sinnvoll erscheint und nicht, was andere bezahlen. Ein Riesenblock an Fragen kommt mit dieser Idee und die Größte scheint: Was würden Sie mit Ihrem Leben anfangen, wenn Sie wüssten sie könnten nicht scheitern?

Die Einwände wie: „Wer geht dann noch arbeiten?“ und „Wie lässt sich das finanzieren?“ lassen sich entkräften. Sehen Sie sich



Helmo Pape ist Ex-Banker und kam über die Finanzkrise und als pflegender Angehöriger zum Thema BGE. Er setzt sich heute als freier Vortragender für eine österreichweite Diskussion des Themas ein.

um und beobachten Sie Menschen, ob diese Arbeit verrichten, die Sie wertvoll finden ohne dafür Geld zu nehmen. Das ist überall sichtbar und der bei weitem überwiegende Teil der Arbeit – nicht die Erwerbsarbeit. Das Finanzierungsargument ist das größere Missverständnis: Wir Menschen leben nicht vom Geld! Wir leben von Produkten und Dienstleistungen und hier gibt es von allem zu viel. Essen, Wohnraum, Autos, Medikamente, Handys, etc, überall ist Überschuss. Geld ist das Abbild dieses Überflusses, nicht er selbst. Um Leistungen anderer für sich in Anspruch nehmen zu können benötigt jeder ein Einkommen. Wieso stellen wir in einem reichen Land nicht den Teil den jeder zum Leben braucht bedingungslos zur Verfügung, sondern erzwingen erst die Notlage, die wir dann aufwendig lindern und verwalten?

Das fragt Sie heute Helmo Pape. ■

Die Geschichte und Vorgeschichte der Grünen zu dokumentieren sind die Aufgaben des Grünen Archivs. Es ist eine Serviceeinrichtung der Grünen Bildungswerkstatt für Grünbewegte, ForscherInnen und alle anderen Interessierten. Das Grüne Archiv lebt von Euren Geschichten, von Eurem Wissen, von Euren Sammlungen und Euren Ideen. Wir freuen uns daher über alle Materialien von den Grünen, Vorgängern und befreundeten Organisationen und von BürgerInnen-Initiativen: Photos, Folder und Flugblätter, Plakate, Pickerl, Wahlwerbegeschenke, Broschüren, Bücher, Privatarhive, Einladungskarten, Protokolle...



KONTAKT: <https://archiv.gb.w.at/archiv/home/>

Der Zeitgeist und das BGE

„Was wir brauchen, sind ein paar verrückte Leute, seht euch an, wohin uns die Normalen gebracht haben“ (George Bernard Shaw)

Es hat sich eine Welt von Ungleichheit gebildet, und wir wissen das.

Globalisierung hat dazu geführt, dass wir Lebensumstände in anderen Ländern besser kennen. Hat uns das aufgerüttelt? Hat uns vielleicht die Finanzkrise zu einem Umschwung gebracht? Auf deren Höhepunkt haben am 12.10.2008 die Staatschefs der Euro-Zone beschlossen, einen Kreditrahmen von 1700 Milliarden (= 1.700.000 Millionen) Euro zur Stabilisierung ihrer Banken zu realisieren.

Unsere neoliberale Wirtschaft lässt andere Länder verarmen, aber auch innerhalb unserer eigenen westlichen Länder driftet die Gesellschaft auseinander. Während die einen vorbeihasten, bleiben die anderen zurück. Die Einkommensschere öffnet sich kontinuierlich weiter.

„Die Menschen werden erst wieder an Politik und die Gesellschaft glauben, wenn sie sie selber maßgeblich gestalten können. Und ich finde, eine basisdemokratische Partei muss da vorangehen.“

(Michael Reimon)

Wie könnte solch eine maßgebliche Mitgestaltung ermöglicht werden? Zukunftsfähigkeit besteht in der Herstellung von Voraussetzungen, mit denen es sich in einer offenen Zukunft erwartbar gut leben lässt. Ein gutes Leben für alle Menschen setzt die Sicherstellung der Existenzgrundlagen voraus.

Prinzipien des Wirtschaftens:

- Soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit: Gesellschaftlicher Reichtum wird in einer sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Form produziert und verteilt und garantiert darüber soziale Sicherheit für alle. Der Fokus des Wirtschaftens liegt auf dem Versorgungs- und Vorsorgeprinzip.
- Gerechte Verteilung von Arbeit: Erwerbsarbeit ist gerecht verteilt, bewertet und wertgeschätzt und an die Herstellung gesellschaftlich notwendiger Güter und Dienstleistungen geknüpft. Menschen verfügen eigenständig über ihre Lebenszeit.
- Demokratische Organisation: Entscheidungen über wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Spielregeln werden unter Einbindung aller Gesellschaftsgruppen gefällt. Machtunterschiede zwischen Menschen, Geschlechtern, Klassen, Eth-

nien und Regionen, die zu ungerechter Verteilung von Lebenschancen führen, werden abgebaut.

- Gemeinwohlorientierung: Ziel von Wirtschaften ist das größtmögliche Gemeinwohl – lokal wie global. Kooperation, Solidarität und Verantwortung sind handlungsleitende Prinzipien.

Wonach haben wir Sehnsucht? Stellen wir uns einmal vor, dass die Menschen ein ausgewogenes Leben haben in seiner ganzen Fülle. Lassen Sie uns träumen. Viele hätten gerne mehr Zeit und Ruhe, trotzdem aber finanzielle Sicherheit.

Arbeiten und Tätig sein gehört einfach zum Leben, besonders, wenn es nach eigenen Vorstellungen gestaltet werden kann.

Was könnte also ein gutes Mittel sein, das von den Zwängen, unter denen Menschen derzeit leben und dem Druck, den sie verspüren, der sie krank und unglücklich macht, befreit?

Existenzsicherung im weitesten Sinn des Wortes, soziale, ökologische und ökonomische Fairness sind unverzichtbar für die Zukunftsfähigkeit der Menschen.

Wenn der Zeitgeist heißt, zu entsolidarisieren, einander zu konkurrieren, für sich zu raffen, an Sozialleistungen zu sparen, einseitig Vermögen anzuhäufen, muss dem etwas Kraftvolles als Ziel entgegengesetzt werden.

Eine ganz andere Lebensweise ist möglich, nämlich: Gutes Leben für alle.

Aber dazu ist Umverteilung nötig. Nicht nur zwischen Menschen im eigenen Staat, sondern auch zwischen den Ländern, ja Kontinenten! Da ist nichts zu beschönigen.

Spüren wir, wie sich der Zeitgeist im Umbruch befindet!? Noch ist nichts entschieden. Aber klar ist, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann. Der Aufbruch braucht Unterstützung.

„Ohne tiefgreifenden Wandel von Wirtschafts- und Lebensweise wird man nicht durch das sich gerade warmlaufende 21. Jahrhundert kommen.“ (Harald Welzer)

Eine Maßnahme mit großer Wirkung: Das emanzipatorische bedingungslose Grundeinkommen (BGE).

Es könnte ein vielversprechendes Instrument sein. Es setzt noch in diesem System auf, will aber zu einer andersdenkenden und handelnden Gesellschaft führen.

Der Runde Tisch Grundeinkommen (RTG) Österreich steht für ein emanzipatorisches



Ulrike Sambor ATTAC,
Runde Tisch Grundeinkommen (RTG)

(Menschen von Bevormundung befreiendes) Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) und dient der Vernetzung unterschiedlicher Vereine, Initiativen und Personen, die sich für ein BGE einsetzen. Der Zusammenschluss strebt die Einführung des BGE in Österreich, Europa und weltweit an.

Was versteht der RTG unter BGE?

Das BGE ist eine staatliche (monatliche) Geldzahlung, die jede Person real sein ganzes Leben lang erhält. (Keine Stigmatisierung!)

Wenn das BGE zu den gewünschten Zielen beitragen soll, sind bestimmte Kriterien notwendig.

Allgemein / Universell

Jeder Mensch ist berechtigt, diese finanzielle Zuweisung unabhängig von Alter, Herkunft, Wohnort, Beruf usw. zu erhalten.

Bedingungslos

Das BGE ist ein an keinerlei Vorbedingungen geknüpftes Menschenrecht, also z.B. auch nicht an die Verpflichtung, einen bezahlten Job anzunehmen, gemeinnützige Arbeit zu leisten oder sich bestimmten traditionellen Geschlechterrollen unterzuordnen. Es ist unabhängig von Einkommen, Vermögen und Besitz zu gewähren.

Personenbezogen / Individuell

Jede Person hat das Recht auf ein BGE, denn nur so kann Privatsphäre und Selbstbestimmung für alle effektiv garantiert werden.

Das BGE ist weder an eine „Bedarfsgemeinschaft“ (Ehe, Lebenspartnerschaft, Haushalt) noch an Einkommen und Vermögen einzelner Haushalts- oder Familienmitglieder geknüpft.

Existenz- und teilhabesichernd

Der Betrag muss ausreichen, ein Leben zu ermöglichen, das den sozialen und kulturellen Standards des jeweiligen Landes entspricht.

Das BGE soll somit materielle Armut verhindern und den Menschen ermöglichen, sich in die Gesellschaft einzubringen und in Würde zu leben.

Das BGE ersetzt nicht Leistungen in den Bereichen öffentlicher Infrastruktur (Verkehr, Wasser, Energie, Wohnen etc.) und Daseinsvorsorge (Bildung, Gesundheit, Betreuung etc.).

Das BGE sorgt dafür, dass man nicht erst verarmen muss, um ein Almosen zu bekommen, sondern dass jede einzelne Person von vornherein das Recht hat, auch finanziell überleben zu können. Die Höhe kann sich daher nicht nach dem Status unterscheiden. Nur zwischen Kindern / Jugendlichen und Erwachsenen, weil der Bedarf im selben Land für alle gleich ist.

Es muss eine finanzielle Unterstützung für die Menschen geben, die nicht erst eintritt, wenn Monate nach dem Antrag auf Hilfe vergangen sind, sondern Sicherheit, die jederzeit da ist. Das BGE schafft Einkommensarmut völlig ab. Es erweitert Freiräume für die Menschen und vermindert Abhängigkeiten.

- Das BGE muss natürlich so bemessen sein, dass es Reflexion und mehr Mitarbeit in der Politik möglich macht.
- Es soll durch Vorhandensein von Geld und Zeit für jeden Menschen einen Anreiz geben, Lösungsansätze nicht nur für derzeitige Probleme, sondern auch für Zukunftsprobleme auszuarbeiten und zur Verwirklichung guter Ideen beizutragen.
- Erst durch finanzielle Sicherheit – verbunden mit Freiheit – ist es möglich, über Zusammenhänge und Sinnhaftigkeit des Lebens nachzudenken. (Eine gedachte Karriereleiter könnte sich als Hamsterrad herausstellen.)

Weniger Druck, Zwang, Kontrolle und mehr Freiheit tragen zur Gesundheit wesentlich bei. Die soziale Sicherheit ermöglicht auch bessere Planbarkeit der (eigenen) Lebensgestaltung.

Natürlich muss diese neue Lebensweise in einer Tätigkeitsgesellschaft schon in Kindheit und Schule berücksichtigt werden. Eine Wertediskussion wird unerlässlich sein. Hier können auch besondere Begabungen und Fähigkeiten individuell gefördert werden, sodass eigene Stärken erkannt werden.

Das BGE würde die Verhandlungsposition Lohn-, Einkommensabhängiger und ihrer Interessenvertretungen gegenüber „Arbeitgebern“

stärken. Arbeiterkammer und Gewerkschaft könnten alle Arbeitenden (nicht nur in Erwerbsarbeit) vertreten und hätten so mehr (Mitglieder) Mitstreiter.

Vorteile für alle bezüglich Arbeit:

- Nicht nur „ArbeitnehmerInnen“ werden ermutigt, für die Gesellschaft und sich eine sinnvolle Arbeit zu suchen und der eigenen Berufung (bzw. den eigenen Fähigkeiten) zu folgen. Sie könnten NEIN sagen zu schlechten Arbeitsbedingungen und zu schädigender Arbeit (hoher Ressourcen- und Energieverbrauch, Klimawandel, Waffenerzeugung usw.) und damit die Lage der Menschen wesentlich verbessern.
- „ArbeitgeberInnen“ haben echte MitarbeiterInnen, die sich nicht gezwungenermaßen (oft missmutig) ihre finanzielle Existenz dadurch beschaffen müssen. Menschen, die sich trotz Existenzsicherung für eine bestimmte Erwerbsarbeit entschieden haben, zeigen mehr Loyalität zu „ihrem“ Unternehmen und können zum Mitgestalten angeregt werden. Wenn sie mehr motiviert sind, weil sie sich diese Arbeit freiwillig selbst ausgesucht haben, machen sie diese in der Regel auch gut. Dadurch steigen Kreativität, Effizienz und Produktivität.
- Erwerbsarbeitslose können nicht mehr als „Schmarotzer“ diskriminiert werden. Das BGE bekommen ja alle ausgezahlt.
- KünstlerInnen, Kreative, Ein-Personen-Betriebe und KleinunternehmerInnen haben alle weniger Risiko und mehr Chancen.

Wenn Menschen nun Erwerbsarbeit suchen, kann ihnen durch Arbeitszeitverkürzung (z.B. neue Vollarbeitszeit von 20 Stunden pro Woche) eine größere Auswahl an Arbeitsplätzen angeboten werden.

Es ist allen (Männern und Frauen) aber durch das BGE auch möglich, sich existenzgesichert anderen Aufgaben, die sie für wichtig halten, zu widmen (Familie, Beteiligung an der Erarbeitung zukunftsfähiger Lösungen für die Gesellschaft, eigene Weiterbildung, Muße usw.). Sie müssten nicht mehr bis zur Pensionierung warten, bis sie tun können, was sie wirklich wollen.

Das Wohlergehen der Kinder könnte wieder zunehmen, ebenso die Zukunftschancen der Jugendlichen und zukünftigen Generationen.

Das BGE würde zu mehr Lebensqualität, einem freieren und fröhlicherem Leben in Eigenverantwortung und Selbstbestimmung führen.

Echte Werte, wie würdevolles Leben für alle,

in gegenseitigem Vertrauen, in gegenseitiger Anerkennung und Wertschätzung, in Fürsorge, Solidarität und Freiheit wären den Menschen zuträglich. Eine gemeinwohlorientierte Gesellschaft wäre ein Ziel, das eine neue Art der Politik verwirklichen könnte.

Die Finanzierung des BGE soll aus einem Mix aus Sozialversicherung und unterschiedlichen Steuern (Lohn- und Einkommenssteuern, Vermögenssteuern, Konsumsteuern, Ressourcensteuern usw.) erfolgen. Auch die Wertschöpfungsabgabe ist wichtig.

Zum lebenslangen BGE kommt eventuelles anderes Einkommen hinzu. Das BGE soll nicht Erwerbsarbeitseinkommen ersetzen (auch nicht teilweise).

Es gibt auch andere Modelle, die der RTG aber nicht unterstützt, z.B.:

wegen zu geringer Höhe des BGE, teilweisem Ersatz des Lohnes, Verschlechterung bei Infrastruktur, Daseinsvorsorge und Sozialleistungen und keiner oder ungenügender Umverteilung von Reich zu Arm.

Eine oft gestellte Frage soll hier noch behandelt werden, soweit sie nicht schon geklärt ist: Wer wird nach Einführung eines BGE noch arbeiten?

- Erwerbsarbeit kann durch die Möglichkeit, sie durch das BGE abzulehnen, wesentlich attraktiver und angenehmer gestaltet sein, da Unternehmer wieder um Mitarbeiter werben müssen.
- Die meisten Befragten würden ohnehin neben Erhalt eines BGE weiterarbeiten, nur den anderen trauen sie es nicht zu. („Der Mensch is guat, nur die Leut san a Gsindl.“)
- Menschen haben Bedürfnisse und wollen möglicherweise dazuverdienen.
- Derzeit unbezahlte Arbeit wird auch weiterhin stattfinden. Das BGE erleichtert diese wichtigen Tätigkeiten.

An Kindern kann man sehen, dass Menschen tätig sein wollen, man darf es ihnen nur nicht verleiden. Menschen sind aktive und soziale Wesen.

Das emanzipatorische Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) und Arbeitszeitumverteilung können zur Verringerung der Ungleichheit und damit auch zur Sicherung des sozialen Zusammenhaltes und Friedens, beitragen. ■

Weitere Informationen auf:

www.pro-grundeinkommen.at

<http://community.attac.at/grundeinkommen.html>

www.grundeinkommen.at

Das gesellschaftliche Bewusstsein folgt dem individuellen Zur Aktualität der Idee eines Bedingungslosen Grundeinkommens

«Das Heil einer Gesamtheit von zusammenarbeitenden Menschen ist umso größer, je weniger der einzelne die Erträgnisse seiner Leistungen für sich beansprucht, das heißt, je mehr er von diesen Erträgnissen an seine Mitarbeiter abgibt, und je mehr seine eigenen Bedürfnisse nicht aus seinen Leistungen, sondern aus den Leistungen der anderen befriedigt werden. [...] Worauf es also ankommt, das ist, dass für die Mitmenschen arbeiten und ein gewisses Einkommen erzielen zwei voneinander ganz getrennte Dinge seien.»

Mit diesen Worten formulierte Rudolf Steiner 1906 eine Erkenntnis, die heute eine Faktizität ist. Wir sind alle Fremdversorgte und Fremdversorger. Menschen in den Industrieländern arbeiten nicht mehr für sich, sondern stets für andere und sind selbst auf die Leistungen anderer angewiesen, um leben zu können.

Bitteschön-Dankeschön-Gesellschaft

Weltumfassende Wertschöpfungsprozesse sind zwar eine gesellschaftliche Realität, wir haben sie aber noch nicht mit dem Denken und dem Herzen erfasst. Wir arbeiten zwar miteinander füreinander, aber viel zu oft können wir erleben, dass Menschen denken, der andere sei nicht so schlau und auch nicht so wichtig wie sie selbst. In einer Wertschöpfungskette ist aber jeder Beitrag, jeder einzelne Schritt unverzichtbar. Die Menschen in Europa leiden an zu viel Geringschätzung, an zu viel Misstrauen füreinander. Eine arbeitsteilige Welt fordert von allen Beteiligten: Dass sie sich auf Augenhöhe begegnen. Dass sie ihrem Gegenüber zunächst einmal Zutrauen entgegenbringen. Dass sie den Beitrag ihrer Mitmenschen wertschätzen. Wer konsumiert, müsste stets Dankeschön sagen – und wer produziert stets Bitteschön. Wir brauchen eine Bitteschön-Dankeschön-Gesellschaft.

Das gesellschaftliche Bewusstsein muss sich die Erkenntnis, dass wir alle aufeinander angewiesen sind, noch erarbeiten. Wir stehen noch am Anfang dieser Bewusstseinsentwicklung. Eine Kluft zwischen Faktizität und gesellschaftlichem Be-

wusstsein führt zu Dissonanzen, die sich im Sozialen abbilden.

Menschenwürde

So steht zwar in der Schweizerischen Bundesverfassung «Die Würde des Menschen ist zu achten und zu schützen», oder im Artikel 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland «Die Würde des Menschen ist unantastbar», aber wir leben es noch nicht. Würden wir es leben, wären beispielsweise die Hartz-IV-Gesetze in Deutschland nicht möglich. Das zeigt, dass nicht einmal Verfassungsrichter in ihrem Bewusstsein so weit sind, dieses Menschenrecht zu beherzigen.

Solange wir die Würde des Menschen nicht wahrhaft achten, werden weiterhin viele Mütter, Kinder, behinderte Menschen oder Erwerbslose stigmatisiert. Es ist ein gesellschaftlicher Irrsinn, so viele Menschen auszugrenzen. Denn die Erkenntnis Steiners, dass «... je weniger der einzelne die Erträgnisse seiner Leistungen für sich beansprucht, das heißt, je mehr er von diesen Erträgnissen an seine Mitarbeiter abgibt ...», setzt voraus, dass jeder am gesellschaftlichen Leben teilnehmen kann. Mit Ausgrenzung beschneidet sich eine Gesellschaft ihres Entwicklungspotenzials. Um solche soziale Dissonanzen zu vermeiden, braucht es eine beständige Bewusstseinsleistung. Das Bewusstsein darf sich nicht vorrangig an der Vergangenheit orientieren, sondern braucht eine vorurteilsfreie Wahrnehmung der Realität.

Die Missachtung der Würde von benachteiligten Menschen ist eine Fehlentwicklung, ebenso wie die vorherrschende Selbstversorger-Mentalität. Solange zu viele Menschen meinen, sie würden für sich arbeiten und nicht für ihre Mitmenschen – oder dass sie im Alter von ihren Ersparnissen leben würden und nicht von Gütern und Dienstleistungen, die die junge Generation hervorbringt –, werden wir keine Brüderlichkeit oder Geschwisterlichkeit in unserer Gesellschaft erleben.

Der archimedische Punkt

Die Frage ist: Wie schaffen wir es, die Kluft zwischen dem gesellschaftlichen Be-



Götz W. Werner ist Gründer und Aufsichtsratsmitglied des Unternehmens „dm-drogerie markt“

wusstsein und der Realität zu schließen? Der archimedische Punkt ist die Idee des Bedingungslosen Grundeinkommens. Wer Menschen beobachtet, die mit der Idee zum ersten Mal in Berührung kommen, bemerkt, wie sie die Menschen emotional bewegt – manchmal sogar aufwühlt.

Die Grundeinkommensidee wirft Fragen auf. Menschen beginnen tradierte Denkmuster in Frage zu stellen. Wer die Welt gestalten will, braucht anregende Fragen. Eine Sozietät lebt von Fragen. Sobald Antworten das Miteinander beherrschen, macht sich Routine breit. Mit Routine kann die Zukunft aber nicht gestaltet werden. Dazu braucht es Bewusstsein und dies wird mit Fragen befeuert.

Je mehr Menschen diese Idee zu ihrer ergebnisoffenen Forschungsfrage machen, umso schneller wird sich das gesellschaftliche Bewusstsein daran entwickeln. Das gesellschaftliche Bewusstsein folgt dem individuellen Bewusstsein.

Die kopernikanische Wende

Es braucht die Einsicht, dass jede sinnvolle Tätigkeit für andere Arbeit ist – ungeachtet dessen, ob und wie sie entlohnt wird. Es braucht die Einsicht, dass Einkommen nicht die Bezahlung von Arbeit ist, sondern die Ermöglichung von Arbeit. Eine Zahlung ist ein in die Zukunft gerichteter Auftrag, eine Leistung zu reproduzieren. Und es braucht die Einsicht, dass in einer Konsumgesellschaft jeder Mensch zuerst ein Einkommen benötigt, um leben zu können und um anschließend seinen Beitrag für die Gemeinschaft erbringen zu

können. Das Bedingungslose Grundeinkommen werden wir erst einführen können, wenn wir diesen Bewusstseinswandel vollzogen haben.

Einkommen als Voraussetzung für Aktivität zu erkennen, kommt für das gesellschaftliche Bewusstsein einer kopernikanischen Wende gleich. Zunächst wären die sozialen Zeitfragen dieselben, aber plötzlich gäbe es ganz neue Perspektiven: Ein Bedingungsloses Grundeinkommen, das jedem Menschen ein bescheidenes, aber menschenwürdiges Leben ermöglicht, wäre nicht mehr nur eine Utopie, sondern eine ernst zu nehmende Alternative.

Die Zeit ist reif, dass wir uns klarmachen, dass das «Wohl einer Gesamtheit», wie Rudolf Steiner schreibt, einerseits durch Arbeitsteilung gesteigert wird, andererseits aber auch dadurch, dass jeder einzelne seine individuellen Fähigkeiten und Fertigkeiten entwickeln kann.

Jeder Mensch braucht einen Freiraum, um sich seiner eigenen Intentionen klar zu werden. Er muss sich seiner selbst bewusstwerden. Er muss sich Fragen wie «Was will ich im Leben?» oder «Worin besteht meine persönliche Lebensidee?» stellen und beantworten. Solange aber das Verständnis vorherrscht, dass Arbeit bezahlt wird, und dass wer zahlt auch bestimmt, was getan wird, bleibt unsere Gemeinschaft weit hinter ihren Möglichkeiten zurück. Je mehr Menschen den Freiraum erhalten, um ihre eigene Biografie zu gestalten, um Herr ihres eigenen Lebens zu werden, umso eher gelingt es auch der Gemeinschaft, die eigene Zukunft zu gestalten. Also sinnbildlich im Sattel zu sitzen und die Zügel in der Hand zu halten, anstatt wie gegenwärtig am Schweif des

Pferdes zu hängen – wie die Finanzkrise uns täglich vor Augen hält.

Wie steht es aktuell um die Idee des Grundeinkommens? Sie wird epidemisch und in gleichem Masse nimmt ihre Zahl an Gegnern zu. Arthur Schopenhauer hat erkannt: «Eine neue Idee wird in der ersten Phase belächelt, in der zweiten Phase bekämpft, in der dritten Phase waren alle immer schon begeistert von ihr.» Die Idee hat die zweite Phase erreicht.

Schweizer Volksinitiative

2006 sprach ich zum ersten Mal auf Einladung des KunstRaumRhein in der Schweiz über die Idee des Bedingungslosen Grundeinkommens. Damals war das Grundeinkommen für Politiker und Entscheidungsträger im Wirtschafts-, Rechts- und Geistesleben keine ernst zu nehmende Alternative. Die wenigen Befürworter eines Grundeinkommens wurden noch belächelt.

Seitdem hat sich viel getan: In der Zwischenzeit gab es ein Pilotprojekt zum Grundeinkommen in Namibia. In Deutschland unterzeichneten 2009 binnen kürzester Zeit mehr als 50.000 Menschen die Petition an den Deutschen Bundestag zur Einführung eines Grundeinkommens. Aktuell beeindruckt die Eidgenössische Volksinitiative für ein Bedingungsloses Grundeinkommen in der Schweiz mit ihrem Wirken – Anfang Mai hatten bereits 100.000 Schweizerinnen und Schweizer diese Initiative unterschrieben.

Wie viele Menschenbegegnungen sind für 100.000 Unterschriften nötig? Wahrscheinlich mehr als 500.000. Wenn monatlang in der Schweiz viele Menschen mit der Idee des Grundeinkommens in Berüh-

rung kommen, angeregt werden, nachdenken und diskutieren – was das als Kulturimpuls für eine Gemeinschaft ist, können wir noch gar nicht absehen.

Heute kann man beobachten, wie die Idee von immer mehr Menschen bekämpft wird. Ende 2012 ist die Publikation «Irrweg Grundeinkommen» erschienen. Im März 2013 kritisierte der Physiker und Ethnologe Benno Luthiger das Grundeinkommen in der Zeitschrift «Schweizer Monat», und in Deutschland sagte der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel gegenüber der Wochenzeitung DIE ZEIT, das Bedingungslose Grundeinkommen sei ein Affront für arbeitende Menschen.

Wer alle Stimmen gegen die Idee des Grundeinkommens zusammenträgt, erkennt wie aktuell die Debatte darüber ist. 2006 hätten sich Befürworter nicht träumen lassen, wie viele Menschen heute die Idee aufgreifen.

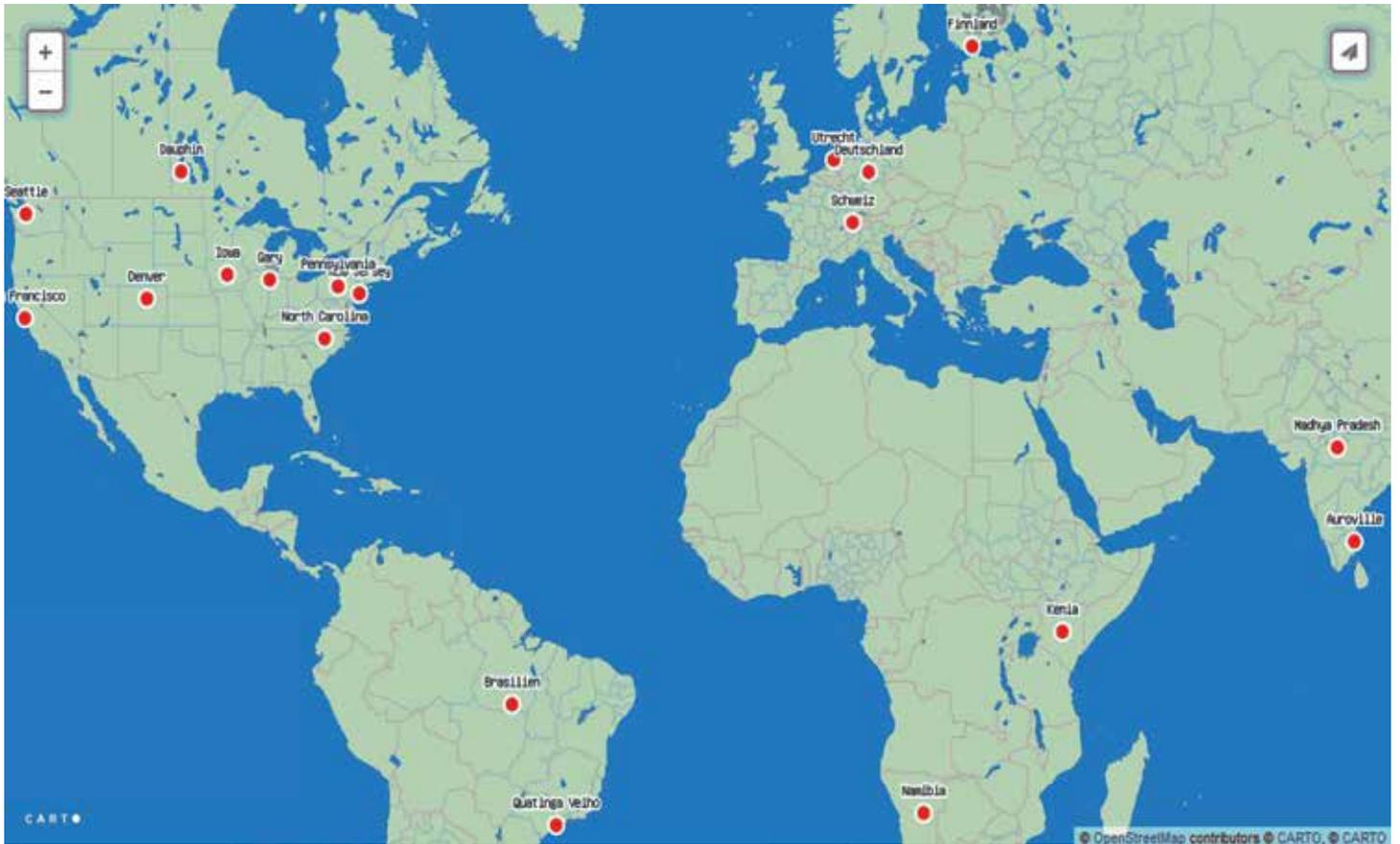
Mittlerweile ist eine Europäische Bürgerinitiative zum Bedingungslosen Grundeinkommen gestartet. Diese hat erst 35.000 von einer Million benötigter Unterschriften, aber sie steht auch noch am Anfang. Es bleibt zu hoffen, dass diese Initiative ähnlich erfolgreich wird wie die Schweizer Volksinitiative.

Es gibt noch viel zu tun, damit die Idee des Grundeinkommens die dritte Phase erreicht. Bis dahin sollten wir uns alle die Worte Gottlieb Duttweilers täglich präsent halten: «Das Bewusstsein, dass rings um uns Menschen sind, die ein Recht auf den ‚goldenen Überfluss‘ der Welt haben, aber ihren Anteil nicht erhalten, darf uns keine Ruhe lassen. Jeder an seinem Platz muss seinen Teil tun, um das zu ändern.» ■



Foto: AFP

Geld für alle – Experimente mit dem Grundeinkommen



Diese interaktive Weltkarte ist unter

<https://www.brandeins.de/lesen/hintergrund/grundeinkommen-weltweite-beispiele-interaktive-karte/> aufrufbar. Zu den einzelnen Destinationen erscheinen die dazugehörigen Informationen.

*„Es braucht den Wandel von
einer konsumorientierten
zu einer bedarfsorientierten
Gesellschaft.“*

Nico Paech



Medieninhaberin & Herausgeberin: Die Grüne Bildungswerkstatt NÖ, Daniel Gran Straße 48/1, 3100 St. Pölten